STADT AARAU

Einwohnerrat
Rathausgasse 1
5000 Aarau

T 062 836 05 04
F 062 836 06 30
E einwohnerrat@aarau.ch
www.aarau.ch

Protokoll Einwohnerrat

7. Sitzung
Montag, 25. September 2017, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz:	Lelia Hunziker, Präsidentin
Protokollführung:	Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber
Anwesend:	47 Mitglieder des Einwohnerrates 6 Mitglieder des Stadtrates Daniel Roth, Stadtschreiber Daniel Müller, Leiter Abteilung Liegenschaften und Betriebe Marianne Iseli, Leiterin Personal Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen Matthias Mundwiler, Controller Jan Hlavica, Stadtbaumeister Hannes Schneider, Leiter Bestattungswesen / Grünflächenpflege Marius Stadtherr, Mitglied der Schulpflege
Entschuldigt:	Werner Schib, Stadtrat Peter Jann, Einwohnerrat Barbara Schönberg von Arx, Einwohnerrätin Danièle Zatti Kuhn, Einwohnerrätin

Traktanden

		Seite
1.	Mitteilungen	311
2.	Anfrage Silvia Dell'Aquila (SP): Bewilligungspraxis und Kommunikation mit dem städtischen Gewerbe bezüglich Streetfood-Festival (18. - 20. August 2017)	314
3.	Leistungs- und Prozessüberprüfung LUP - Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrates	316
4.	Politikplan 2017 - 2022; Budget 2018	323
5.	Bahnhof Süd; Verkauf Liegenschaft Hintere Bahnhofstrasse 42; Genehmigung Kaufvertrag	357
6.	Beschlussfassung über die Überweisung der Bürgermotion von Stephan Müller: Aarebadi	359
7.	Kreditabrechnung Inventar schützenswerte Bauten	366
8.	Kreditabrechnung Trieschäcker Süd / Ost	367
9.	Postulat Gabriela Suter und Daniel Siegenthaler: Stellenabbau bei Rockwell Automation	368
10.	Dringliche Motion Susanne Heuberger: Priorisierung Bereich "städtische Pflegeheime" in der Investitionsplanung der Stadt Aarau	370

Traktandum 1

Mitteilungen

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Wir haben gestern gewählt und ich gratuliere an dieser Stelle allen Kandidierenden ganz herzlich zu ihrem Wahlkampf. Vielen Dank für euer Engagement, vielen Dank für eure Ideen, vielen Dank für euer Herzblut und Zeit, die ihr dieser Stadt gegeben habt. Bei einigen hat es geklappt, bei andern nicht. Aber ich wünsche allen Ruhe und dann viel Kraft und Energie für die neuen Aufgaben und die neuen Pläne.

Die Präsidentin gibt die Entschuldigungen bekannt. Stadtrat Werner Schib hat sich ebenfalls entschuldigt. Er ist heute Abend in Fribourg am Energietag und darf für die Stadt Aarau als Energiestadt den "Goldlabel" entgegennehmen.

Es liegen folgende dringlichen Vorstösse vor:

Gabriela Suter (SP), Daniel Siegenthaler (SP): Dringliches Postulat betreffend Stellenabbau bei Rockwell Automation

Das Begehren lautet wie folgt:

1. *Der Stadtrat soll sich für eine umfassende Information über den Umfang und den Zeitplan des Stellenabbaus einsetzen.*
2. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Stellen, zum Beispiel die Hauptverwaltung der Rockwell Automation Switzerland sowie das Verkaufs- und Supportzentrum, in Aarau bleiben.*
3. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass für die vom Stellenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird.*
4. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass die frei werdenden Räume im Rahmen einer langfristigen Standortpolitik mit innovativen Unternehmungen genutzt werden.*
5. *Der Stadtrat soll im Jahr 2018 Bericht über seine Tätigkeiten in der Sache erstatten.*

Susanne Heuberger (SVP): Priorisierung Bereich "städtische Pflegeheime" in der Investitionsplanung der Stadt Aarau

Das Begehren lautet wie folgt:
Der Stadtrat sei zu beauftragen, die Investitionsplanung ab 2019 ff. so zu überarbeiten, dass dem kompletten Bereich "städtische Pflegeheime Herosé und Golatti" höhere Priorität eingeräumt wird. Dieses soll im Minimum der mit dem Investitionsbudget 2017 vorgelegten Investitionsplanung 2018 bis 2026 ff. entsprechen.

Ich schlage vor, dass zuerst je über die Dringlichkeit entschieden wird. Ich bitte Sie, in dieser Diskussion nur über die Dringlichkeit zu sprechen. Die Geschäfte werden am Schluss der Traktandenliste behandelt. Beide Anträge wurden vorgängig zugestellt.

Wir beginnen mit dem **dringlichen Postulat betreffend Stellenabbau bei der Rockwell Automation** von Daniel Siegenthaler und Gabriela Suter.

Daniel Siegenthaler, Mitglied: Die Gespräche zwischen den politischen Behörden und den Vertretungen der Rockwell Automation müssen in der nächsten Zeit stattfinden. Wir können nicht bis zur nächsten Sitzung am 13. November 2017 warten. Wir müssen jetzt unsere Forderungen formulieren und unsere Unterstützung zeigen. Wir müssen jetzt ein Zeichen für den Werkplatz Aarau setzen. Ich bitte den Rat deshalb, das Postulat als dringlich zu erklären.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich äussere mich gerne zur Dringlichkeit dieses Postulats. Der Stadtrat hat mit Bedauern von den Umstrukturierungsplänen der Rockwell Automation Kenntnis genommen. Ich bin telefonisch und schriftlich vor der Medienkonferenz informiert worden und habe auf diesem Weg die ersten Informationen zum geplanten Stellenabbau erhalten. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass voraussichtlich im Jahre 2019 mit dem Stellenabbau begonnen wird und dieser bis 2021 dauern soll. Wie vorher bemerkt wurde, wird sich eine Delegation von Kanton und Stadt am nächsten Freitag zum Gespräch mit der Geschäftsleitung treffen. Ziel wird sein, mehr über den geplanten Stellenabbau und allfällige Handlungsmöglichkeiten zu erfahren. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass er sich in seinem Rahmen einsetzen kann. Für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Es wurde uns gesagt, dass ein Sozialplan mit den Arbeitnehmervertretungen ausgearbeitet wurde. Wir werden uns, unabhängig davon, ob das Postulat als dringlich überwiesen wird oder nicht, im Rahmen unserer Möglichkeiten einsetzen, dass möglichst viele Stellen am Standort Aarau erhalten bleiben und wir wollen im Gespräch diese Möglichkeiten mit der Geschäftsleitung und dem Kanton ausloten. Wir wissen, dass das Bürogebäude und das Produktionsgebäude an der Industriestrasse der Mobimo gehören. Der Mietvertrag läuft bis 2020. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass diese Räume wieder durch Unternehmen resp. mit Arbeitsplätzen besetzt werden. Unsere guten Kontakte zur Mobimo und zur Rockwell sollen uns ermöglichen, eine Vermittlungsaufgabe wahrzunehmen. Der Stadtrat würde dem Einwohnerrat natürlich z.B. im Rahmen des Jahresberichts 2018 gerne über die in der Zwischenzeit erfolgten Tätigkeiten berichten. Wie ich vorher gesagt habe, sind die notwendigen Schritte eingeleitet. Damit ergibt sich aus unserer Sicht keine Notwendigkeit, das Postulat dringlich zu erklären.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat von Gabriela Suter und Daniel Siegenthaler betreffend Stellenabbau bei Rockwell Automation wird dringlich erklärt.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Dann kommen wir zur Diskussion über die Dringlichkeit der Motion zur **Priorisierung Bereich "städtische Pflegeheime" in der Investitionsplanung der Stadt Aarau**.

Susanna Heuberger, Mitglied: Wir beantragen die Dringlichkeit der Motion einer höheren Priorisierung im Bereich der städtischen Pflegeheime, insbesondere von der Investitionsplanung. Wir erachten die Dringlichkeit als gegeben, weil wir heute Abend über das Budget abstimmen werden. Über den Investitionsplan 2019 und folgende nicht. Aber es besteht ein enger Zusammenhang. Und gerade deswegen ist für uns die Dringlichkeit zu 100 Prozent gegeben und wir bitten Sie um Unterstützung.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Ich möchte zur dringlichen Motion wie folgt Stellung nehmen: Im Vorfeld haben wir Ihnen Bericht und Antrag der Bürgermotion zukommen lassen. Daraus geht hervor, was künftig geplant wird. Im Oktober findet eine Begehung mit dem DGS statt. Dabei geht es um die Milchgasse und das General-Herzog-Haus. Diese befinden sich in denkmalgeschützten Liegenschaften und erfordern andere Massstäbe bezüglich Infrastruktur. Man wird sehen, was daraus gemacht werden kann und wir werden dann zügig an die weitern Abklärungsarbeiten gehen. Wir haben 175'000 Franken im Investitionsbudget vorgesehen. Dieser Betrag steht für die Planung zur Verfügung. Mit dem Stadtbauamt wurde vereinbart, dass, wenn die Ressourcen im Stadtbauamt nicht vorhanden wären, auch externe Hilfe zugezogen und somit vorwärts gearbeitet werden kann. Sobald wir soweit sind, werden wir Ihnen das Geschäft unterbreiten. Wir arbeiten mit Hochdruck daran und in diesem Sinne ist eine dringliche Behandlung nicht notwendig.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Motion von Susanne Heuberger betreffend Priorisierung Bereich städtische Pflegeheime in der Investitionsplanung der Stadt Aarau wird dringlich erklärt.

Traktandum 2
GV 2014 – 2017

Anfrage Silvia Dell'Aquila (SP): Bewilligungspraxis und Kommunikation mit dem städtischen Gewerbe bezüglich Streetfood-Festival (18. - 20. August 2017)

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei der Durchsicht der Anfragen ist mir aufgefallen, dass sehr viele Anfragen noch nicht beantwortet sind, unter anderem auch meine eigene Anfrage vom 21. Mai 2017 zum Torfeld-Süd Plan B. Es wäre wünschenswert, wenn die Anfragen etwas schneller beantwortet werden. Viele schon ältere Anfragen warten immer noch auf eine Antwort.

Am 14. August 2017 hat Einwohnerrätin Silvia Dell'Aquila folgende Anfrage über die Bewilligungspraxis und Kommunikation mit dem städtischen Gewerbe bezüglich Streetfood-Festival vom 18. bis 20. August 2017 in Aarau eingereicht.

Vom 18. bis 20. August 2017 veranstaltet die Firma Hannibal GmbH aus Aarburg zum ersten Mal das bekannte und beliebte Streetfoodfestival in Aarau. Dieser Anlass verspricht eine Ergänzung zum schon attraktiven Angebot in Aarau zu werden und viele Besucher/innen in unsere Stadt zu bringen.

Der Anlass wurde von der Gewerbepolizei bewilligt, wobei die Platzierung von Essens-Ständen und Sitzgelegenheiten in der ganzen Altstadt vorgesehen ist. Über einen «Anwohnerbrief», der am 9. August 2017 in die Briefkästen der betroffenen Anwohner/innen und Gewerbetreibende der Altstadt verteilt wurde, wurden auch Gewerbebetriebe, insbesondere in der Gastronomie, darauf hingewiesen, dass für die Zeit vom 17. bis 21. August 2017 mit Einschränkungen zu rechnen ist, insbesondere müssen die Aussenbereiche der sich im Eventareal befindenden Betriebe geräumt werden . Überraschend kam diese Nachricht für einige Betreiber/innen in der Gastronomie, welche eine Gartenwirtschaft betreiben. Für diese Betriebe bedeutet diese Einschränkung, gerade im Sommer und an einem Wochenende, eine grosse Umsatzeinbusse, gerade auch bei schönem Wetter. Unschön ist dabei, dass die Betroffenen weder vorgängig informiert wurden, noch das Gespräch oder nach Alternativen gesucht wurde.

Die Fragen werden vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet:

Frage 1: *Ist dem Stadtrat bewusst, dass mit der vorliegenden Bewilligung des Streetfood-Festivals einheimische Gewerbetreibende massiv eingeschränkt werden und mit Umsatzeinbussen rechnen müssen?*

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass solche Anlässe zwar gewisse Einschränkungen mit sich bringen können, gleichzeitig aber als Kundenmagnet dienen und die Stadt Aarau bekannter machen. Dies liegt im Interesse der ganzen Stadt und somit auch des Gewerbes. Der Stadtrat geht davon aus, dass kurzfristige Einbussen im Einzelfall möglich sind, dass jedoch schon mittelfristig mehr Kunden für das ganze Gewerbe gewonnen werden können und die Umsätze sich dadurch verbessern.

Frage 2: *Erachtet der Stadtrat diese Veranstaltung als vergleichbar mit Grossveranstaltungen wie das Jodlerfest, Schwinger- oder Volksmusik- und Turn-Fest, welche vergleichbare Einschränkungen für die Gewerbetreibende der Stadt eher rechtfertigen würden?*

Jedes Fest hat seine eigene Dynamik und Grösse, es ist nicht einfach 1:1 mit anderen Anlässen vergleichbar und entsprechend sachlich einzuordnen. Das Streetfood-Festival gehört jedoch nicht zu den grossen eidgenössischen Festanlässen. Die Stadtpolizei ist dafür besorgt, die verschiedenartigsten Anlässe, kleine und grosse, mit sachlich korrekten Auflagen, sinnvoll zu ermöglichen. Dies hat sich seit vielen Jahren bewährt und führt bis heute äusserst selten zu Reklamationen.

Frage 3: *Wie werden solche Veranstaltungen gewichtet und bei welchen Veranstaltungen erachtet der Stadtrat eine Einschränkung des heimischen Gewerbetreibens, welche zu Umsatzeinbussen führt, als gerechtfertigt?*

Die Stadtpolizei als delegierte Verwaltungsstelle für die Erteilung der Bewilligung für Anlässe wie das Streetfood-Festival nimmt bis heute keine Gewichtung der Anlässe vor. Sie ist bemüht, wenn immer möglich, Anlässe unter Auflagen zu bewilligen und so auch mittel- und langfristig Kunden für das Gewerbe in Aarau zu gewinnen. Festbesucherinnen und Festbesucher sind sehr oft auch anlässlich des Festes selbst Kunden des lokalen Gewerbes. Immer wieder kommen diese auch später zurück zu einem Besuch in die schöne Stadt. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass solche Anlässe auch schon kurzfristig primär höhere Umsätze und nicht Einbussen verursachen.

Frage 4: *Verfolgt der Stadtrat bei seiner Bewilligungspraxis nicht das Ziel, die lokalen Betriebe, wenn immer möglich, in die Veranstaltungen einzubeziehen?*

Die Stadtpolizei als delegierte Verwaltungsstelle für die Erteilung der Bewilligung für Anlässe wie das Streetfood-Festival ist bemüht, wenn immer möglich und unter Auflagen, Anlässe dieser Art in Aarau zu bewilligen und nicht zu verhindern. Solche Anlässe sind attraktiv und nachhaltig und dienen als Kundenbringer sowie zur Bereicherung des Angebotes für viele, unter anderem auch das Gewerbe. Selbstverständlich soll das lokale Gewerbe vom Veranstalter miteingezogen werden, da wo möglich und ins Konzept passend.

Frage 5: *Wenn nein, wieso nicht?*

Siehe Antwort zur Frage 4.

Frage 6: *Weshalb wurden diese Einschränkungen nicht frühzeitig kommuniziert und mit den Betroffenen noch Lösungen gesucht?*

Der Veranstalter, die Firma Hannibal Events GmbH, hat sich seit dem mit Auflagen versehenen Bewilligungsentscheid bemüht, die Kommunikation korrekt durchzuführen und die Information der betroffenen Gewerbetreibenden zeitgerecht bis am 1. Juli 2017 durchzuführen. Leider wurde hierbei namentlich die betroffene Kronengasse nicht bedient. Dies war ein Fehler. Der Veranstalter hat dies erkannt und innert Kürze eine pragmatische Lösung präsentiert, in dem er auf die Belegung der Kronengasse von sich aus verzichtete.

Traktandum 3
GV 2014 - 2017 / 406

Leistungs- und Prozessüberprüfung LUP – Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrates

Mit Botschaft vom 14. August 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die folgenden **Anträge**:

1. *Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die Verrechnung der Inanspruchnahme von Zusatzdienstleistungen nach dem Verursacherprinzip zu unterbreiten.*
2. *Die Änderung von § 7 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates betreffend ausschliesslich elektronischem Versand von Drucksachen (Ausnahme: Budget und Rechnung) sei gutzuheissen.*
3. *Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die Verrechnung von übermässigem Aufwand der Sicherheitspolizei für Sportanlässe und übrige Veranstaltungen zu unterbreiten.*
4. *Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die grundsätzlich kostendeckende Verrechnung des Aufwands der Verkehrspolizei für Sportanlässe und übrige Veranstaltungen zu unterbreiten.*
5. *Die Änderung von § 10 Abs. 1 des Parkierungsreglements (SRS 7.8-2; Anhang 2) betreffend Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten auf Parkplätzen mit Parkuhren auf täglich 07.00-24.00 Uhr sei gutzuheissen.*

Nicola Müller, Mitglied: Die FGPK hat das vorliegende Geschäft an ihrer Sitzung vom 12. September 2017 eingehend beraten. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsidentin Jolanda Urech, Stadtschreiber Daniel Roth sowie Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen, zur Verfügung. Zu Beginn hielten die Auskunftspersonen fest, dass der eigentliche Start- und Ausgangspunkt des Projekts LUP der Aufwandüberschuss von rund 3 Mio. Franken im Budget 2017 war. Im Rahmen einer internen Aufarbeitung wurde dann zunächst dieser ausführliche Leistungskatalog der gesamten Stadtverwaltung erstellt, so dass man einmal sieht, welche Leistungen die Stadt wie erbringt. Auf der Basis dieses Katalogs wurde dann auch die Frage gestellt, ob und gegebenenfalls in welcher Form man künftig gewisse Leistungen noch erbringen möchte. Zum ganzen Prozess, der anschliessend noch stattgefunden hat, möchte ich nichts sagen. In den Unterlagen lässt sich eine übersichtliche Chronik finden. Wir sind auch Teil dieses Prozesses gewesen. Einerseits im Rahmen der Vernehmlassung, andererseits als politisches Resonanzgremium. Was uns jetzt heute vorliegt, ist eine Botschaft mit Massnahmen im Bereich der Leistungserbringung und der damit verbundenen Prozesse. Mit diesen Massnahmen wird versucht, primär im Bereich der Erfolgsrechnung einen Beitrag zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts zu erbringen. Im Budget 2018 umfasst die geplante Nettoverbesserung in der Erfolgsrechnung durch LUP rund 1,5 Mio. Franken. Die Umsetzung des Grossteils dieser Massnahmen liegt im Kompetenzbereich des Stadtrates. Diese Massnahmen werden dem Einwohnerrat mit der vorliegenden Botschaft grundsätzlich nur zur Kenntnis gebracht. Wie von den Auskunftspersonen aber bestätigt wurde, ist der Einwohnerrat frei, die vom Stadtrat beschlossenen LUP-Kürzungen im Rahmen der Budgetberatung zu beeinflussen. Der Stadtrat hält sich an die Entscheide des Einwohnerrats, ist aber frei, im folgenden Budget (Budget 2019) wieder andere Beschlüsse zu den einzelnen Produktegruppen zu fassen.

Entsprechend ihres Umfangs und mit Blick auf die gerade anschliessende Beratung des Budgets waren vor allem die stadträtlichen Massnahmen in der Diskussion dominierend. Es sind ja jetzt heute auch verschiedene Budgetanträge, die mit LUP zusammenhängen, eingegangen. Ich möchte jetzt aber nicht die Budgetdebatte vorwegnehmen, sondern werde einfach einzelne, ausgewählte Massnahmen thematisieren und anschliessend noch kurz etwas zu den eigentlichen, im Kompetenzbereich des Einwohnerrats liegenden Massnahmen sagen. Zuerst zu den Massahmen im Kompetenzbereich des Stadtrates. Zum Beispiel das Absenzenmanagement: Für einen Teil der Kommission war nicht ganz klar, inwiefern sich durch die Einführung eines Absenzenmanagements Einsparungen erreichen lassen. Die Auskunftspersonen erläuterten dazu, dass das Absenzenmanagement heute nicht einheitlich, sondern abteilungsweise organisiert ist. Die Verantwortlichen der Abteilungen seien teilweise mit Fällen überfordert und das Personalwesen werde teils zu spät eingeschaltet. Konkret gehe es bei dieser Massnahme darum, Mitarbeitende, die krankheits- oder unfallbedingt ausfallen, möglichst früh zu betreuen und wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Das helfe der Stadt und den betroffenen Mitarbeitenden gleichermassen. Zudem geht es darum, allfällige Versicherungsleistungen geltend zu machen. Durch die bessere Betreuung von Langzeitfällen erwartet man rasch einen Ertrag, der die geforderte Stelle übersteigt. Für Diskussionen haben auch die verschiedenen Massnahmen gesorgt, die künftig über den vom Einwohnerrat bewilligten Kredit zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele abgerechnet werden sollen. Es sind dies insbesondere der Bezug von Eagle-Power-Strom und Biogas. Aus der Mitte der Kommission wurde in Frage gestellt, ob ein solches Vorgehen überhaupt mit dem einwohnerrätlichen Beschluss konform sei. Bei dem bewilligten Kredit gehe es um die Umsetzung des eigentlichen Aktionsplans. Mit den vorgeschlagenen LUP-Massnahmen würde in den nächsten Jahren ein Grossteil des Kredits beansprucht, der dann bei der Umsetzung des Aktionsplans fehlen würde. Diese Ansicht wurde von der Mehrheit der Kommission geteilt. Die Auskunftspersonen hingegen stellten sich auf den Standpunkt, dass die vorliegenden Massnahmen einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der klimapolitischen Ziele leisten und sich daher eine Abrechnung über diesen Kredit rechtfertige. Zur Massnahme betreffend die Überprüfung des Jugendkonzepts wurde aus der Kommission die Frage gestellt, ob dieser Überprüfungsauftrag ergebnisoffen erfolgen soll oder primär von einem Spargedanken getragen ist. Hierzu hielten die Auskunftspersonen fest, dass die damit betrauten Abteilungen aufzeigen müssten, welche Bedürfnisse heute bestünden und welche Massnahmen notwendig seien. Der Auftrag sei nicht als Sparauftrag formuliert worden. Auf die Rückfrage, ob es denn auch denkbar sei, dass man mit der Überprüfung des Jugendkonzepts zum Resultat gelangt, dass Mehrausgaben für die Jugend notwendig seien, antworteten die Auskunftspersonen, dass das schon nicht die Idee sei, allfällige Mehrkosten dann aber allenfalls politisch diskutiert werden müssten. Nun noch kurz zu den Massnahmen im Kompetenzbereich des Einwohnerrats. Hier wurde die Frage gestellt, weshalb man auf die Massnahme verzichtet habe, die Erdbestattung und Kremation auch für die Einwohnerinnen und Einwohner von Aarau kostenpflichtig zu erklären. Die Auskunftspersonen hielten hierzu fest, dass der Stadtrat der Meinung sei, dass diese Leistungen weiterhin durch die Stadt zu tragen seien. Hintergrund seien letztlich auch ethische Überlegungen. Diskutiert wurde sodann, ob es sachgerecht sei, dass der Versand von Drucksachen an den Einwohnerrat künftig ausschliesslich elektronisch erfolgen soll, weil damit die Druckkosten an die Mitglieder des Einwohnerrats überwälzt würde. Dies wirke mit Blick auf die bescheidene Entlöhnung des Mandats störend. Hierzu hielten die Auskunftspersonen fest, dass der Aufwand nicht primär im Druck entstehe, sondern im Umstand, dass ein Teil der Mitglieder die Unterlagen elektronisch zur Verfügung gestellt haben möchten, während ein anderer Teil die Unterlagen immer noch in Papierform wünsche. Das führe zu einem grossen Aufwand. Man könnte sich aber vorstellen, dem Einwohnerrat Druckmöglichkeiten im Rathaus zur Verfügung zu stellen.

Dieses Angebot stiess in der Kommission auf Zustimmung. Die übrigen Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrats wurden nicht oder kaum diskutiert. Abschliessend kann festgehalten werden, dass das vorliegende Geschäft zumindest für einen Teil der Kommission ein zwiespältiges Gefühl auslöst. Die Massnahmen seien zwar vielfach zielführend, es bestehen aber grosse Fragezeichen bezüglich der Motivation hinter den Massnahmen (Stichwort etwa Jugendkonzept) und hinsichtlich der Kompetenzen zwischen Stadtrat und Einwohnerrat (Stichwort: Energie- und Klimakredit). Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Annahme der stadträtlichen Anträge Nummer 1, Nummer 3 und Nummer 4. Antrag Nummer 2 empfiehlt Ihnen die FGPK ebenfalls zur Annahme, allerdings bei einem Stimmenverhältnis von 7 Ja zu 4 Nein. Die Änderung des Parkierungsreglements (Antrag Nummer 5) empfiehlt Ihnen die FGPK mit einer Gegenstimme ebenfalls zur Annahme.

Michel Meyer, Mitglied: Die FDP dankt der städtischen Verwaltung für die detaillierte Analyse und Aufstellungen von Prozessen in der städtischen Verwaltung. Die Aufgaben und die damit verknüpften Kosten im Rahmen von LUP sind für uns Einwohnerräte und auch für die Stadträte selber transparent geworden. Uns freut es, dass für einmal kein teures externes Unternehmen beauftragt wurde, sondern das Projekt mit den eigenen Kräften in Angriff genommen wurde. Der Massnahmenkatalog ist sehr umfangreich und zeigt Massnahmen, die innerhalb der Verwaltung umsetzbar sind und zu einem ausgeglichenen Budget beitragen sollen. Für die FDP sind zwei Punkte ärgerlich. Einerseits, dass der Schwerpunkt nicht bei der Ausgabenreduktion, sondern bei der Ertragserhöhung liegt. So entstehen einmal mehr, wie bei Stabilo 1 und Stabilo 2, wieder viele Gebührenerhöhungen. Die einnahmenseitigen Erträge aus den Parkgebühren sollen rund 800'000 Franken ausmachen. Stellt man das ins Verhältnis zu den 1.5 Mio. Franken, welche im nächsten Jahr erwartet werden, sieht man, dass die ganze Übung doch in ein komisches Licht gerückt wurde. Wir akzeptieren die Gebührenerhöhungen grossmehrheitlich, zwar zähneknirschend aber mit der klaren Prämisse, dass unter diesem Gesichtspunkt die Steuern nicht erhöht werden. Für uns ist zudem stossend, dass in der FGKP sofort wieder diverse Anträge gestellt wurden, die den Verzicht auf diverse, vom Stadtrat vorgeschlagene Massnahmen fordern. Aus unserer Sicht werden Vorschläge aus der Verwaltung untergraben und nicht ernst genommen. Lieber setzt man beim Steuerfuss an, also beim Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Für uns ist das nicht akzeptabel. Die FDP wird die meisten gestellten Anträge ablehnen.

Simon Burger, Mitglied: Die Leistungs- und Prozessüberprüfung ist ein Erfolg. Innert kürzester Zeit und ohne externe Hilfe ist es dem Stadtrat gelungen, die Rechnung um jährlich zwischen 2 und 4 Mio. Franken zu optimieren. Das Ergebnis des Projekts bestätigt unsere Haltung: Es hat noch Luft. Wenn wir uns erinnern, wie gross das Gejammer bei Stabilo 1 und 2 war. Unermüdlich hat uns die linke Ratsmehrheit eingetrichtert, wir würden diese Stadt zu Tode sparen und die Zitrone sei ausgepresst. Wie sich jetzt zeigt, war das reine ideologische Propaganda. Es hatte damals und es hat noch heute Luft. Wir müssen den eingeschlagenen Weg nun weitergehen. Die katastrophale Schulden- und Ausgabenpolitik der vergangenen Legislatur wird sonst zu einem finanziellen Desaster führen. Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen 1 bis 4 zu. Wir lehnen aber die Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten auf Parkplätzen ab. Mit der beabsichtigten Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten schaden wir der Standortattraktivität. Für Anwohner bedeutet sie Mehrkosten und die Stadt wird wieder ein Stück weniger attraktiv. Es geht uns aber auch ums Prinzip: Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Ratslinke von einer autofreien Stadt träumt und die Parkgebühren auf 5 Franken pro Stunde anheben möchte, das ganze unter dem Deckmantel des Umwelt-

schutzes. Die Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten ist ein erster Schritt in diese Richtung. Dazu bieten wir keine Hand.

Peter Roschi, Mitglied: Viel wurde bereits gesagt, ich möchte nicht alles wiederholen und nur zwei bis drei allgemeine Sachen zum LUP erwähnen. Ich bedanke mich vor allem bei Daniel Roth. Mit grosser Freude haben wir festgestellt, dass bis jetzt keine externen Aufträge vergeben werden mussten. Bei der Umsetzung und Kommunikation der LUP Massnahmen ist dann aber nicht alles optimal verlaufen. So wurde mit verschiedenen Leistungserbringern im Vorfeld nie gesprochen, obwohl dies in der Botschaft so erwähnt wird. Ich zitiere aus der LUP Botschaft Seite 3, Nummer 2: *Überprüfung der erfassten Dienstleistungen* & *Prozesse mit Leistungserbringern (Abteilungen/Sektionen/Stabstellen - Bereinigung mit Projektbüro und ggf. Projektleitung).* Das ist sehr schade und hat zum Teil für grossen Unmut gesorgt, zum Beispiel beim Schulsport. Dazu kommen wir später noch einmal. Damit Sparmassnahmen auch wirksam umgesetzt werden können, müssen die Leistungserbringer zwingend mit einbezogen werden. Diese haben manchmal noch ganz andere Ideen. Leider hat der Stadtrat bei seinen Vorschlägen auch nicht berücksichtigt, welche Massnahmen im Stabilo 1 und Stabilo 2 bereits schon zweimal abgelehnt worden sind, was sehr schade ist. So werden wir heute Abend nun über gewisse Massnahmen bereits zum dritten Mal abstimmen. Zusammenfassend sind wir froh, dass jetzt ein solches Papier vorliegt.

Leona Klopfenstein, Mitglied: Leistungs- und Prozessüberprüfung: ein schöner Name. Man schaut, wie man bei der Stadt Prozesse noch vereinfachen und optimieren kann. Man muss aber sehen, dass bereits bei Stabilo 1 und Stabilo 2 sehr viele Prozesse überprüft und an vielen Orten schon gekürzt wurde. Was aber die Überprüfung schön zeigt: die Zitrone ist ausgepresst und weitere Einsparungen sind für uns nicht mehr möglich. Man spricht erneut von Gebührenerhöhungen. Auch diese werden von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt. Gleichzeitig werden Leistungen abgebaut, wie beispielsweise die freiwilligen Beiträge. In Zukunft sollen also Stiftungen und Beratungsstellen noch weniger Geld erhalten. Das ist nicht das, was wir uns unter einer Überprüfung vorstellen. Die SP-Fraktion steht dem LUP-Prozess sehr kritisch gegenüber und wird die Anträge mehrheitlich ablehnen. Das Papier könnte man fairerweise auch einfach Stabilo 3 nennen. Weiter nehme man sich mal die Jugendarbeit unter die Lupe. Dieser Einsatz ist für uns freiwillig und das Jugendkonzept ist schon über 10 Jahre alt. Eigentlich schon fast beschämend für unsere Stadt. Dass anscheinend für das Jugendkonzept die Zeit und das Geld fehlen, ist bedenklich. Wenn man die Ressourcen der Jugendarbeit mit den umliegenden Gemeinden vergleicht, stehen wir so oder so schon sehr schlecht da. Dass Projekte, wie sie vor allem im "Wenk" organisiert werden, trotzdem so abwechslungsreich und innovativ sind, verdanken wir einem kleinen Team. Sie sind am MAG anwesend und verteilen Flyer. Die Frage, die wir uns gestellt haben, ist, ob die Angebote wirklich überprüft und angepasst, ev. sogar ausgebaut werden, oder ob die Jugend hier einmal mehr unter die Räder kommt. Die SP wird sich vehement gegen die Abbaupläne einsetzen. Wie weit die Abbaupolitik dieser Stadt geht, werden wir später auch mit dem World Vision-Antrag der FDP hören. Dieser fordert, dass jeder Baum eine Patin oder ein Pate erhalten soll. Braucht es in Zukunft Gotte und Göttis, damit Schulbänke, Bibliotheks-Bücher, Feuerwehrautos, Putzfahrzeuge, Töggelikasten oder Beratungsstellen finanziert werden? Nein, ich glaube nicht. Das sind keine Aufgaben, die von Privaten übernommen werden müssen, sondern das ist Sache der Stadt. Anstatt hier Gotten und Göttis für alles zu fordern, was ja schön wäre, freue ich mich auf eine gute Budgetdebatte.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Zuerst danke ich der Verwaltung für den Gewaltsakt mit dieser Riesenmenge an Daten, welche für diese Vorlagen zusammengetragen werden mussten. Dazu mussten wahrscheinlich viele Gespräche geführt und einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden. Trotzdem haben ein paar Sachen irritiert, wie z.B., dass man mit den Leistungserbringern nicht persönlich gesprochen hat. Ich möchte ein Beispiel anbringen zur PG 30, Kadettenmusik. Vor ca. 16 Jahren war ich persönlich Mitglied der Kadettenmusik. Wir besuchten den kantonalen Musiktag, wo ich Pauke spielte und das aktuelle Leitungsteam war gerade neu zusammengesetzt. Hinter Möhlin belegten wir an diesem Wettbewerb den letzten Platz. Dies alleine nur meinen Paukenschlägen zuzuschreiben, wäre dann wohl doch etwas übertrieben. In diesem Jahr belegte die Kadettenmusik Aarau den 2. Rang am kantonalen Musiktag mit ganz knappem Rückstand hinter dem Sieger. Dies zeigt, dass in dieser Zeit eine Entwicklung stattgefunden hat. Diese Lektionen, im Moment 11, sind aufgeteilt auf ein vierköpfiges Leitungsteam der Kadettenmusik. Die Kadettenleitung macht Proben, organisiert Auftritte und wird für diese nicht separat entlöhnt und dies neben allem anderen administrativen Aufwand. Dies ist ein Beispiel, wo man vielleicht noch etwas hätte erreichen können, wenn man direkt mit den Betroffenen gesprochen hätte. Wenn es unbedingt hätte sein müssen, hätten sie an einem andern Ort Hand bieten können mit weniger einschneidenden Folgen. Gerade hier leidet die Qualität sehr und die gleiche Leistung kann nicht mehr erbracht werden. Deshalb hoffe ich, dass diese LUP-Massnahme später im Budget rückgängig gemacht werden kann.

Silvano Ammann, Mitglied: Die Ausdehnung gebührenpflichtiger Zeiten auf Parkplätzen, sowie die Erhöhung der Gebühren, können nicht das Ziel einer Leistungs- und Prozessüberprüfung gewesen sein. Das wäre bereits die zweite Erhöhung innert weniger Jahre. Es scheint, als gebe es ausser der Anpassung der Parkplatzgebühren keinen anderen Ort, der die Rechnung entlasten kann. Einmal mehr müssen hier die Autofahrer als Milchkuh der Nation herhalten. Ich spreche hier nicht als FDP-Politiker, sondern als besorgter Autofahrer. Wo soll das noch hinführen? Gemäss Bundesamt für Statistik sind 9 von 10 Erwerbstätige in der Schweiz Pendler. Davon sind 52% mit dem Auto unterwegs. Am gesamten Personenverkehr macht der Personenwagen sogar über 70% aus. Ich verstehe, dass viele meiner Ratskollegen mit dem Velo unterwegs sind. Das ist super, und wo immer möglich sollte auch auf das Auto verzichtet werden. Nur ist das nicht für alle möglich. Die Aarauer Gewerbetreibenden und die örtliche Gastronomie sind auf Besucher von ausserhalb der Stadt angewiesen. Wir müssen also versuchen, diese so einfach wie möglich an unserer Wirtschaft partizipieren zu lassen. Für viele war ein gutes Argument nach Aarau zu kommen, dass man mit dem Auto anreisen konnte und je nachdem wie der Abend verlief, dass Auto halt hat stehen lassen können. Bedenken wir auch den Sicherheitsaspekt, denn die hohen Parkgebühren verleiten zur Heimkehr mit dem Auto, auch wenn die Promillegrenze schon überschritten wurde. Also: Anstatt komplizierte Verkehrsführungen, vielen Ampeln und nun auch noch hohen Parkplatzgebühren, sollten wir unsere Besucher mit offenen Armen empfangen. Unser lokales Gewerbe wird es uns danken. Vielen Dank für die Ablehnung des stadträtlichen Antrages.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Zuerst möchte ich mich herzlich für die Komplimente im Zusammenhang mit diesem Projekt, welche namentlich an die Verwaltung ausgesprochen wurden, bedanken. Sie haben richtig erkannt, dass das Projekt sehr aufwändig war. Wie richtig festgehalten wurde, haben wir alles intern aufgegleist und selber durchgeführt. Damit wurde der gute Effekt erreicht, dass wir selber über einen eigenen Leistungskatalog verfügen und somit über alle Leistungen der Stadt Kenntnis haben. Für die Zukunft ein wichtiges Papier. Es wurde auch gelobt, dass dieser Auftrag nicht an eine externe Stelle vergeben wurde. Auch dies eine Lehre, welche aus

Stabilo 1 und 2 gezogen wurde. Vieles kann auch selber erledigt werden, bindet aber auch interne Ressourcen in einem hohen Bereich. Auch wir sind der Meinung, dass es eine gute Grundlage ist und dieser Leistungskatalog, welcher am Schluss mehr als 100 Massnahmen aufzeigt, dem Stadtrat viele Optionen ermöglicht. Es wurde ausgesagt, es sei wichtig, mit den Leistungserbringern das Gespräch zu führen. Dies war auch Bestandteil des Projekts. Diese Gespräche fanden in Form von Interviews durch die Steuerungsgruppe statt. Diese führten zu Potential, Ideen und Vorschläge im Rahmen von LUP. Danach fand ein langer Prozess statt, der hin und her ging. Auf Seite 4 der Botschaft ist ausführlich beschrieben, dass der Stadtrat beraten hat und dass man die Möglichkeit zum Mitbericht gegeben hat. Politische Gremien wurden miteinbezogen, bis der Stadtrat schlussendlich seine Beschlüsse gefasst hat. Dass vielleicht in einzelnen Fällen nicht alles ideal gelaufen ist, nehme ich zur Kenntnis. Ich möchte festhalten, dass am Anfang ein umfangreicher Katalog von 605 Leistungen, welche schlussendlich Schritt für Schritt auf 191 und dann auf 108 Massnahmen zurückgestuft wurden. Wir gehen davon aus, dass in den meisten Fällen alles richtig gehandhabt wurde. Wenn Leona Klopfenstein meint, dass sei bereits Stabilo 3, dann wehrt sich der Stadtrat. Es ist ein anderes Vorgehen, von Anfang an ging es darum, die Leistungen zu erfassen und nicht einfach willkürlich Massnahmen zu ergreifen oder mit Prozentzahlen zu arbeiten. Dies hat man bei Stabilo 1 und 2 gemacht, z.B. mit Prozentzahlen den Aufwand zu reduzieren. Jetzt soll effektiv sachgerecht vorgegangen werden über diese Leistungserfassung. Simon Burger meint, es habe noch Luft nach oben. Wir müssten uns vielleicht einmal darüber unterhalten, was Luft denn haargenau ist. Wir sind der Meinung, dass eine Auslegeordnung gemacht wurde und die Vorschläge aus Sicht des Stadtrates umgesetzt werden können. Beim Leistungskatalog war der Stadtrat der Meinung, dass in vielen Bereichen die Leistungen weiterhin für die Bevölkerung erbracht werden sollen, weil es unsere Stadt attraktiv macht und weil die Leistungen genutzt werden. Schlussendlich ist es aber eine politische Gewichtung. Unter dem Strich ist der Stadtrat der Meinung, er sei umsichtig umgegangen bei diesem Mammutprojekt. Es war wichtig, auf die Budgetierung hin diese Vorlage zu bringen. Das führte dazu, dass viele Sonderleistungen erbracht werden mussten. Jetzt liegt es an Ihnen, über diese Anträge zu entscheiden, welche in Ihrer Kompetenz liegen. Die stadträtlichen Belange können heute zur Kenntnis genommen werden. Selbstverständlich ist es im Rahmen des Budgets möglich, auf die eine oder andere Massnahme zurückzukommen. Herzlichen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst folgenden

<u>Beschluss</u>

1. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die Verrechnung der Inanspruchnahme von Zusatzdienstleistungen nach dem Verursacherprinzip zu unterbreiten (41 Ja : 6 Nein).*
2. *Die Änderung von § 7 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates betreffend ausschliesslich elektronischem Versand von Drucksachen (Ausnahme: Budget und Rechnung) wird gutzuheissen (43 Ja : 3 Nein).*
3. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die Verrechnung von übermässigem Aufwand der Sicherheitspolizei für Sportanlässe und übrige Veranstaltungen zu unterbreiten (38 Ja : 8 Nein).*

4. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine gesetzliche Grundlage für die grundsätzlich kostendeckende Verrechnung des Aufwands der Verkehrspolizei für Sportanlässe und übrige Veranstaltungen zu unterbreiten (36 Ja : 10 Nein).*
5. *Die Änderung von § 10 Abs. 1 des Parkierungsreglements (SRS 7.8-2) betreffend Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten auf Parkplätzen mit Parkuhren auf täglich 07.00-24.00 Uhr wird gutgeheissen (31 Ja : 16 Nein).*

Diese Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 4
GV 2014 - 2017 / 407

Politikplan 2017 - 2022; Budget 2018

Mit Botschaft vom 14. August 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden **Anträge**:

Zum Politikplan:
Der Einwohnerrat möge vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2017 - 2022 Kenntnis nehmen.

Zum Budget:
1. *Das Budget 2018 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit einem Steuerfuss von 97 % zu genehmigen.*
2. *Es sei die Produktegruppe 04 in "Informatik ICT" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
3. *Es sei die Produktegruppe 43 "Subventionen/Beiträge" aufzulösen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
4. *Es sei die Produktegruppe 51 in "Feuerwehr" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich erkläre kurz das weitere Vorgehen. Zuerst wird es eine Diskussion zum Politikplan und den beiden Planungserklärungen geben. Dann wird über die beiden Planungserklärungen abgestimmt und der Politikplan zur Kenntnis genommen. Danach folgt die generelle Würdigung des Budgets. Anschliessend gehen wir die einzelnen Produktegruppen durch, inkl. Bereinigung der Anträge. Der Rückweisungsantrag wird erst beim Thema Budget behandelt.

Wir kommen zum Politikplan und den beiden Planungserklärungen. Es liegen folgende Planungserklärungen vor:

Ueli Hertig (Pro Aarau):
Der Stadtrat wird aufgefordert, in der Planperiode 2019 - 2026 die Selbstfinanzierung in der Grössenordnung von mindestens 18 Mio. Franken einzusetzen und dementsprechend das Budget 2019 auszugestalten.

Peter Roschi (CVP), Lukas Häusermann (CVP), Martina Suter (FDP), Christoph Waldmeier (EVP/EW):
Der Stadtrat soll einen neuen Standort für ein Oberstufenzentrum im Zentrum der Kreisschule evaluieren .
Der Stadtrat soll ein Konzept vorlegen, wie das Areal des OSA weiter genutzt werden kann.

Daniel Siegenthaler, Mitglied: Als Auskunftspersonen standen der FGPK Jolanda Urech, Stadtpräsidentin, Daniel Roth, Stadtschreiber, Madeleine Schweizer, Leiterin Finanzen, Matthias Muntwiler, Controller, sowie für die PG 30 und PG 31 Marius Stadtherr, Schulpfleger, zur Verfügung. Am 21. August wurde die FGPK sowie interessierte Mitglieder des Einwohnerrates durch den Stadtrat über das Budget informiert. Die Fragen der Mitglieder des Einwohnerrates wurden durch die Ver-

waltung bis vor der Sitzung der FGPK bearbeitet. Im Namen der FGPK danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budgetprozess. Ich werde mich mehr oder weniger auf die Anträge konzentrieren, welche die FGPK gestellt hat. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass in den nächsten Jahren die Erfolgsrechnung ausgeglichen gestaltet werden kann. Auch die Höhe der Nettoinvestitionen entspricht der Stabilo-Zielsetzung. Leider besteht aber nach wie vor ein Finanzierungsfehlbetrag bei den Investitionen. Das Budget 2018 beinhaltet alle Massnahmen aus Stabilo und LUP. Das Projekt Aufgaben und Lastenverschiebung (ALV) entlastet die Stadt leider nicht im Umfang der vorgesehenen 3 Steuerprozente. Die Mehrbelastung liegt im Jahr 2018 bei 0.8 Mio. Franken, ab 2019 bei 1.1 Mio. Franken. Die ALV ist damit für die Stadt Aarau nicht kostenneutral ausgefallen, weshalb ohne Massnahmen auf der Ertragsseite eine ausgeglichene Rechnung nicht möglich ist. Auf einen Steuerfussabtausch soll verzichtet werden. Weil der Steuerfuss im Rahmen der ALV um 3 % gesenkt werden müsste, handelt es sich um eine Steuererhöhung, auch wenn der Steuerfuss gleich wie im Vorjahr bleibt. Aus der Mitte der Kommission wurde die Frage gestellt, ob nicht die Steuerfusserhöhung beantragt werden müsste. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass nicht die Erhöhung, sondern der zu beschliessende Steuerfuss beantragt werden muss.

Zu den einzelnen Produktgruppen. Bei der Produktgruppe "Politische Führung" ist im Leistungsumfang vorgesehen, dass der Einwohnerrat 9 Sitzungen abhalten wird. Die Kommission ist der Meinung, dass aufgrund der gegenwärtigen Geschäftslast wieder wie in früheren Jahren 10 Sitzungen geplant werden sollen. Es wurde der Antrag gestellt, den Nettoaufwand um 6'000 Franken für eine 10. Sitzung zu erhöhen, dieser **Antrag** wurde mit 10 gegen 1 Stimme **gutgeheissen**.

Bei der PG 15 "Abschreibungen/Abschluss" wurde beantragt, auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten und dafür für den Ausgleich der Erfolgsrechnung 1.8 Mio. Franken aus der Aufwertungsreserve zu entnehmen. Die Kommission **lehnte** den **Antrag** mit 8 gegen 3 Stimmen **ab**.

Die Kommission wollte bei PG 17 " Liegenschaften Verwaltungsvermögen" wissen, welchen Betrag die LUP-Massnahmen "Bezug Eaglepower-Strom" und "Bezug Bio-Gas" ausmachen. Die entsprechenden Stromkosten betragen 46'000 Franken, die Biogaskosten 58'000 Franken. Der Kommission wurde **beantragt**, diese Kosten im normalen Budget zu belassen:

1. Verzicht auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 1701.001: Der Bezug von Eaglepower-Strom soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belastet werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 46'000 Franken erhöht werden, damit der Bezug von Eaglepower-Strom über das Budget der PG 17 finanziert werden kann. Dieser **Antrag** wurde bei der Durchführung der Abstimmung innerhalb der Kommission mit 7 zu 4 Stimmen **angenommen**.

2. Verzicht auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 1701.001: Der Bezug von Bio-Gas soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belastet werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 58'000 Franken erhöht werden, damit der Bezug von Bio-Gas über das Budget der PG 17 finanziert werden kann. Dieser **Antrag** wurde ebenfalls mit 7 zu 4 Stimmen **gutgeheissen**.

Mit dem dritten Antrag wurde der Verzicht auf Bezug von Eaglepower-Strom verlangt. Dieser **Antrag** wurde mit 7 zu 4 Stimmen **abgelehnt**.

Die Kommission wollte wissen, ob bei der PG 23 "Stadtbibliothek" die vom Einwohnerrat im Rahmen des Budgets 2017 beschlossene Aufstockung des Kredites für die Lehrstelle nun an einem anderen Ort wieder eingespart werden soll. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass die Reduktion des Nettoaufwandes vorgenommen worden ist, wobei nicht der Aufwand reduziert, sondern der mutmassliche Ertrag gesteigert worden ist. Es sollen mehr Sponsoren- und Projektbeiträge sowie mehr Gebühreneinnahmen durch mehr Kunden generiert werden. Diese Art der Umsetzung der Stabilo-Massnahmen wurde von der Bibliotheksleitung vorgeschlagen. Aus der Mitte der Kommission wurde kritisiert, dass der Stadtrat die Umsetzung der Stabilomassnahmen verlangt hat, obwohl der Einwohnerrat im letzten Jahr eine Erhöhung des Nettoaufwandes beschlossen hat.

Zu PG 30 "Betrieb Volksschule" hat der Vertreter der Schulpflege erläutert, dass ab 1. August 2018 die Schule durch die Kreisschule Aarau-Buchs betrieben wird. Das Budget 2018 (Aufwand und Ertrag) wurde daher entsprechend aufgeteilt. Die LUP-Massnahme 3000.009 Schullager (Integration Lager in Projektwochen) ist im Budget abgebildet. Die Umsetzung der Massnahme ist noch offen.

Zu PG 31 "Musikschule und Kadettenmusik" haben wir von Christoph Waldmeier schon etwas gehört. Wir haben nachgefragt, wie die Aufteilung der wöchentlichen Anzahl der Lektionen aussieht. Es wurde uns gesagt, dass Gesamt- und Registerproben durchgeführt werden. Daraufhin wurde der Antrag gestellt, auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 3100.003 Kadettenmusik, Reduktion der wöchentlichen Anzahl Lektionen von 11 auf 9, zu verzichten und den Nettoaufwand der PG 31 um 11'000 Franken zu erhöhen. Die Kommission hat diesem **Antrag** mit 6 zu 5 Stimmen **zugestimmt**.

Bei PG 60 "Stadtentwicklung / stadteigene Bauten" wurde beantragt, auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 6003.004 (Förderung des Umweltbewusstseins und des umweltgerechten Verhaltens) zu verzichten und den Nettoaufwand um 14'000 Franken zu erhöhen. Peter Jann trat in den Ausstand. Der **Antrag** wurde mit 7 zu 3 Stimmen **gutgeheissen**.

Bei PG 62 "Verkehrsflächen / Gewässer" wurde beantragt, den Nettoaufwand um 13'000 Franken zu erhöhen und damit auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 6200.005 (Bezug Eaglepower-Strom) zu verzichten. Dem **Antrag** wurde mit 7 zu 4 **zugestimmt**.

Die Kommission fragte bei PG 70 "Werkhof" nach, welches die Konsequenzen der vorgesehenen Reduktionen sind. Es wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der klimatischen Veränderungen immer höhere Anforderungen an den Unterhalt gestellt werden. Man sollte keine Risiken mehr eingehen bezüglich mangelhaftem Unterhalt der Bäume. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass allfällige Konsequenzen zur Zeit nicht absehbar sind. Die Diskussion mit den verantwortlichen Personen hat aber gezeigt, dass weitere Abstufungen im Unterhalt möglich sind.

In der Kommission wurde der Antrag gestellt, den Nettoaufwand in der Produktgruppe um 50'000 Franken zu erhöhen. Der **Antrag** wurde mit 7 zu 4 Stimmen **abgelehnt**.

Zum Steuerfuss wurden in der Kommission zwei Anträge gestellt:
- Budget mit Steuerfuss 94 %
- Budget mit Steuerfuss 100 %

Bei der Diskussion hat es verschiedene Argumente gegeben. Ich möchte einige davon erwähnen. Der Steuerfussabtausch soll umgesetzt werden, weshalb der Steuerfuss von 94 % bleiben soll. Die Selbstfinanzierung der Investitionen kann mit dem vorliegenden Budget nicht erreicht werden, weshalb ein Steuerfuss von 100 % unterstützt werden soll. An einer weiteren Erhöhung dürften die Bürgerinnen und Bürger keine Freude haben. Mit einer Steuererhöhung wird Aarau nicht attraktiver. Realistischerweise hat ein Budget mit einem Steuerfuss von 100 % keine Chance. Der Verzicht auf den Steuerfussabtausch ist aber richtig. Der Steuerfuss von 97 % wird unterstützt, weil damit ein ausgeglichenes Budget möglich ist.

Die Abstimmung über den Steuerfuss hat folgendes ergeben:

1. Abstimmung (Gegenüberstellung 94 % zu 100 %)
Steuerfuss 94 %: 4 Stimmen
Steuerfuss 100 %: 7 Stimmen

2. Abstimmung (Gegenüberstellung 100 % zu 97 %)
Steuerfuss 100 %: 4 Stimmen
Steuerfuss 97 %: 7 Stimmen

Bei den Schlussabstimmungen haben wir folgende Empfehlungen an den Einwohnerrat beschlossen:

Vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2017 bis 2022 sei Kenntnis zu nehmen (einstimmig).

Das Budget 2018 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit einem Steuerfuss von 97 % *zu genehmigen (7 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen).*

Es sei die Produktegruppe 04 in "Informatik JCT" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (einstimmig).

Es sei die Produktegruppe 43 "Subventionen/Beiträge" aufzulösen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (10 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme).

Es sei die Produktegruppe 51 in "Feuerwehr" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (einstimmig).

Lukas Häusermann, Mitglied: Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr und möchte den zugegebenermassen knapp eingereichten Antrag bzw. die Planungserklärung erläutern. Um was Geht es uns konkret? Man sieht im Politikplan relativ klar, dass wir mit Ach und Krach eher schlecht als recht die uns mit Stabilo gesetzten Ziele erreichen. Ein Hauptgrund sind sicher die Investitionen und dort sticht natürlich die Schulanlage Schachen heraus. Diese war vor einem Jahr noch mit 25 Mio.

Franken eingestellt, jetzt mit 50 Mio. Franken. Also eine Verdoppelung innerhalb eines Jahres. Wir sind klar der Meinung dass unter dem Zeichen der Kreisschule Aarau-Buchs die Standortfrage gestellt werden muss. Wir denken, dass man sich überlegen muss, wo es Areal hat, wo es günstige Lösungen gibt; sei es eine bestehende Baute oder ein Neubau oder Erweiterungen, welche günstiger sind und eben auch nicht so peripher gelegen sind innerhalb dieser Kreisschule Aarau-Buchs. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu unserer Erklärung. Es handelt sich um zwei Punkte:

1. Der Stadtrat soll einen neuen Standort für ein Oberstufenzentrum im Zentrum der Kreisschule Aarau-Buchs evaluieren.
2. Der Stadtrat soll ein Konzept vorlegen, wie das Areal des OSA weiter genutzt werden kann.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich kann kurz festhalten, dass diese Planungserklärung offene Türen einrennt. Der Stadtrat hat bereits vor Monaten genau diesen Auftrag erteilt im Zusammenhang mit dem OSA. Es ist richtig, dass noch vor einem Jahr davon ausgegangen wurde, dass man mit 25 Mio. Franken das Oberstufenschulhaus sanieren kann. Bei genauerer Betrachtung hat man im Rahmen einer breiten Auslegeordnung (Sanierung, Teilsanierung, Neubau, Teilneubau) festgestellt, dass der Fächer ganz geöffnet werden muss. Wir haben uns gefragt, ob es überhaupt der Standort Schachen sein muss oder ob im Zusammenhang mit der Kreisschule-Diskussion das Schulhaus nicht auch an einem anderen Ort stehen kann. Und was, wenn ja, geschieht dann mit dem Gelände im Schachen? Genau dies, was Sie mit der Planungserklärung verlangen, hat der Stadtrat bereits in Auftrag gegeben. In diesem Sinne kann die Planungserklärung problemlos übernommen werden.

Ueli Hertig, Mitglied: Der Stadtrat wird mit unserer Planungserklärung aufgefordert, in der Planperiode 2019 – 2026, d.h. im nächsten Politikplan, die Selbstfinanzierung in der Grössenordnung von mind. 18 Mio. Franken einzusetzen und dementsprechend das Budget 2019 auszugestalten. Mit der Beratung von Stabilo 2 hat sich der Stadtrat das Ziel gesetzt, ab dem Budget 2018 eine Selbstfinanzierung von rund 20 Mio. Franken auszuweisen. Im vorliegenden Politikplan bewegt sich in der Planperiode 2018 – 2025 die Selbstfinanzierung in der Grössenordnung von 15 Mio. Franken, die Nettoinvestitionen liegen bei 20 Mio. Franken. Damit entsteht ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 5 Mio. Franken pro Jahr. Um diesen Finanzierungsfehlbetrag zu senken, fordern wir den Stadtrat auf, die Planungserklärung umzusetzen. Vor gut zwei Jahren hat eine Mehrheit im Einwohnerrat Nettoinvestitionen von 20 Mio. Franken und eine bürgerliche Minderheit von 18 Mio. Franken unterstützt. Unterstützen Sie jetzt unsere Planungserklärung, damit mittelfristig mindestens die 18 Mio. Franken Selbstfinanzierung erreicht wird.

Jürg Schmid, Mitglied: Es ist unbestritten, dass wir mittelfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 100% erreichen sollen. Damit wir dieses Ziel erreichen können, haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder erhöht sich die Selbstfinanzierung oder die Nettoinvestitionen senken sich. Wir sind der Meinung, dass das Management dieser zwei Variablen dem Stadtrat überlassen werden sollen. Wenn wir einseitig die Selbstfinanzierung zementieren, bevormunden wir den Stadtrat. Wir werden die Planungserklärung ablehnen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: So problemlos wie Lukas Pfisterer kann ich diese Planungserklärung nicht entgegennehmen. Die Analyse von Ueli Hertig ist selbstverständlich richtig. Die Selbst-

finanzierung ist nach wie vor zu niedrig, um die Investitionen finanzieren zu können. Der Stadtrat sieht es nach wie vor als Ziel, dies mittelfristig erreichen zu können. So wie jetzt diese Planungserklärung daher kommt, ist alles sehr fokussiert auf 2019. Dies ist doch sehr anspruchsvoll, dass der Stadtrat Ihnen beliebt machen möchte, seinen vorgeschlagenen Weg weitergehen zu können. Es soll ein Massnahmenmix im Bereich von Aufwand, Ertrag und Investitionen sein, der dazu führen soll, dass sich die Selbstfinanzierung über die nächsten Jahre verbessern kann. Ich empfehle Ihnen, diese Planungserklärung nicht zu überweisen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über die Planungserklärung von Peter Roschi (CVP), Lukas Häusermann (CVP), Martina Suter (FDP), Christoph Waldmeier (EVP/EW), welche folgendermassen lautet:

1. *Der Stadtrat soll einen neuen Standort für ein Oberstufenzentrum im Zentrum der Kreisschule evaluieren.*
2. *Der Stadtrat soll ein Konzept vorlegen, wie das Areal des OSA weitergenutzt werden kann.*

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen und ohne Gegenstimmen folgenden

Beschluss

Die Planungserklärung von Peter Roschi (CVP), Lukas Häusermann (CVP), Martina Suter (FDP), Christoph Waldmeier (EVP/EW) wird an den Stadtrat überwiesen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über die Planungserklärung von Ueli Hertig (Pro Aarau). Diese lautet wie folgt:

Der Stadtrat wird aufgefordert, in der Planperiode 2019-2026 die Selbstfinanzierung in der Grössenordnung von mindestens 18 Mio. Franken einzusetzen und dementsprechend das Budget 2019 auszugestalten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Planungserklärung von Ueli Hertig (Pro Aarau) wird an den Stadtrat überwiesen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über den Politikplan. Der Antrag lautet wie folgt:

Der Einwohnerrat möge vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2017-2022 Kenntnis nehmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen (ohne Gegenstimmen) folgenden

Beschluss

Vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2017-2022 wird Kenntnis genommen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Beratung des Budgets. Es liegt ein Rückweisungsantrag der SVP vor.

Susanna Heuberger, Mitglied: Die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung überzeugen die SVP nicht. Wir stellen Ihnen deshalb einen **Rückweisungsantrag** der wie folgt lautet:

Das Budget 2018 sei an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, dieses zu überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 94 % vorzulegen. Dabei sei auch die Investitionsplanung so zu überarbeiten, dass dem kompletten Bereich "städtische Pflegeheime" eine grosse Priorität eingeräumt wird und als Kompensation nicht dringliche Projekte und offensichtlicher Wunschbedarf zeitlich nach hinten verschoben werden.

2018 treten die Aufgaben- und Lastenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden in Kraft. Bei der Volksabstimmung wurde betont, dass es sich um einen reinen Abtausch handle, welcher steuerlich neutral erfolge. Die Kantonssteuern würden um 3 % erhöht, die Gemeindesteuern um 3 % reduziert. Folgerichtig müsste der Stadtrat jetzt ein Budget mit einem Steuerfuss 94 % vorlegen. Dies tut er nicht. Der Stadtrat argumentiert mit angeblichen Mehraufwänden, was aber in klarem Widerspruch zur kantonalen Vorlage steht. Es kommt hinzu, das allfällige Folgen der Aufgaben- und Lastenverschiebung – sofern die Behauptung des Stadtrates zu den Mehraufwendungen überhaupt zutrifft – noch nicht abschätzbar wären. Deshalb wäre eine Steuererhöhung auch aus diesem Gesichtspunkt verfrüht. Vorher wurde durch den Stadtrat ausgeführt, dass die Lastenverschiebung rund 0.8 Mio. Franken zu Ungunsten der Stadt ausmacht. Wenn es wirklich so wäre, wären 0.8 Mio. gut 1 Steuerprozent. Der Stadtrat beantragt aber jetzt mit dem Verzicht auf die Reduktion des Steuerfusses um 3 % eine Steuerfusserhöhung auf Vorrat, die dem Bürger abgeknöpft werden soll. Mit dem Rückweisungsantrag erhält der Stadtrat die Möglichkeit, sein Budget zu überarbeiten. Dies erscheint sinnvoller, als wenn der Einwohnerrat, der weiter vom Tagesgeschäft entfernt urteilt, Kürzungen vornimmt. Der Stadtrat kann besser abschätzen - wir haben das im Projekt LUP sehr gut gesehen - wo sich die für einen ausgeglichenen Haushalt auf Basis von 94 % notwendigen Reduzierungen effizient und mit möglichst wenig Leistungsabbau umsetzen lassen. Zwingend korrekturbedürftig ist auch die aktuelle Investitionsplanung. Ein Punkt ist für uns besonders störend. Der direkte Vergleich mit der letztjährigen Übersicht zeigt deutlich auf, dass praktisch alle im Bereich der städtischen Pflegeheime Herosé und Golatti eingestellten Projekte erneut, und zum Teil massiv, in die ferne Zukunft ausgelagert wurden. Dies geht nicht an. Es ist eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand, Pflegeheime mit zeitgerechter Infrastruktur bereitzustellen. Leider wird diese Kernaufgabe in der Stadt Aarau seit über 10 Jahren vernachlässigt. Im Bereich der Investitionsplanung setzt der Stadtrat die Prioritäten falsch. Er schiebt dringliche Investitionen im Bereich Alter in die ferne Zukunft und zieht nicht dringliche Investitionen oder Wunschbedarf, wie z.B. im Bereich Kultur, vor. Dies geht zu Lasten der Alten und Schwachen, was

nicht sozial ist. Wir möchten mit diesem Rückweisungsantrag - und wir hoffen auf Unterstützung - dem Stadtrat die Gelegenheit bieten, eigenverantwortlich seine Unterlassungen zu korrigieren.

Ueli Hertig, Mitglied: Alle Jahre wieder. Die SVP bringt bereits im dritten Jahr nacheinander einen praktisch gleich formulierten Rückweisungsantrag zum stadträtlichen Budget, obwohl die SVP in den letzten 8 Jahren im Stadtrat vertreten war. Was kommt wohl in den kommenden Jahren auf uns zu? Es gibt für uns keinen Grund, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Andrea Dörig, Mitglied: Ich komme mir vor wie Bill Murray im Film "und täglich grüsst das Murmeltier". Nur befinden wir uns nicht in einer täglichen Schlaufe sondern in einer jährlichen Zeitschlaufe. Mit einer an Sicherheit grenzender Gewissheit kommt jedes Jahr ein Rückweisungsantrag. Zugegeben, die Aussichten auf eine nicht bis Mitternacht dauernde Sitzung wäre nach den gestrigen Feierlichkeiten sehr verlockend. Aber unsere Verantwortung heute Abend ist eine andere. Die Stadtverwaltung hat einen guten Job gemacht und uns ein Budget vorgelegt. Es ist jetzt an uns, heute Abend über das Budget zu befinden. Und nur, weil sich die SVP keine Steuererhöhung um jeden Preis auf die Fahne geschrieben hat, das Budget einfach nonchalant zurückzuweisen, kommt für uns nicht in Frage. Ich stelle aber mit Freude fest, dass die SVP das Betreiben der städtischen Heime als öffentliche Aufgabe ansieht. Ich hoffe sehr, dass im Verlauf des Abends die am Anfang erwähnte Zeitschlaufe unterbrochen wird. Die SP-Fraktion lehnt diesen Rückweisungsantrag ab.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich möchte mich kurz zu diesem Rückweisungsantrag und den Argumenten äussern. Susanne Heuberger hat richtig bemerkt, dass dieser Steuerfussabtausch in Zusammenhang mit der Aufgaben- und Lastenverteilung vom Kanton vorgegeben ist. Über den ganzen Kanton resp. die Gemeinden gesehen sieht die Rechnung so aus, dass die Gemeinden den Steuerfuss um 3 % senken müssen und der Kanton um 3 % erhöht. Jede Gemeinde, die dies nicht macht, muss dies als Steuerfusserhöhung deklarieren und auch gegenüber dem Einwohnerrat und der Bevölkerung transparent aufzeigen. Es ist tatsächlich so, dass dies über den Kanton betrachtet so funktioniert. Es gibt auch Gemeinden, die von diesem Ausgleich profitieren können, also eigentlich besser fahren als der Durchschnitt. Es gibt aber auch Gemeinden, die mit neuen Belastungen umgehen müssen. Dazu gehört auch die Stadt Aarau. Diese Belastungen sind mit 0.8 Mio. Franken im nächsten Jahr ausgewiesen. Eigentlich wären es 1.1 Mio. Franken an Mehrbelastungen. 2018 erhalten wir vom SPG noch eine einmalige und abschliessende Rückerstattung, weshalb sich die Belastung nur auf 0.8 Mio. Franken beläuft. Ab 2019 werden es sicher 1.1 Mio. Franken sein. Es kann aber noch höher werden, weil die materielle Sozialhilfe vollständig zu den Gemeinden übergeht. Dies ist ein dynamischer Kostenfaktor und wir wissen heute noch nicht, wo dieser hinführt. Dies ist der Grund, weshalb der Stadtrat diese Mehrbelastungen ausgewiesen hat. Er hat dies auch in der Budgetpräsentation dargelegt. Es ist nicht nur vermeintlich so, sondern es ist so, dass die Zahlen so eintreffen werden. Gleichzeitig hat uns der Einwohnerrat auch den Auftrag gegeben, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Dies hat den Stadtrat veranlasst, den Steuerfussabtausch nicht zu machen, sondern Ihnen zu beantragen, bei 97 % zu bleiben. Wir haben nichts versteckt, sondern offen deklariert, dass es sich um eine Steuerfusserhöhung handelt. Susanne Heuberger führt weiter aus, dass eine Budgetkorrektur Aufgabe des Stadtrat sei. Dieser wisse am besten, wo gespart werden kann. Deshalb soll diese Chance intakt bleiben und das Budget zurückgewiesen werden. Wir haben über LUP gesprochen, haben diese Leistungen erstellt, welche ein Instrument sein sollen, um aufzeigen, welche Leistungen die Stadt erbringt, welche Zahlen sich dahinter verbergen. Also eine gute Grundlage, sich darüber zu unterhalten, welche

Leistungen man nicht mehr möchte, wenn man selber am Budget Hand anlegen möchte. Und deshalb bittet der Stadtrat den Einwohnerrat, dass er diese Verantwortung für das Budget selber übernimmt, indem er selber mit Anträgen weitergehende Sparmassnahmen als der Stadtrat beschliesst oder Budgeterhöhungen im Rahmen der Möglichkeiten, die ihm geboten sind, macht. Der Stadtrat beantragt Ihnen, auf diese Rückweisung zu verzichten und das Budget zu beraten.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Dieser lautet wie folgt:

Das Budget 2018 sei an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, dieses zu überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 94 % vorzulegen. Dabei sei auch die Investitionsplanung so zu überarbeiten, dass dem kompletten Bereich "städtische Pflegeheime" eine grosse Priorität eingeräumt wird und als Kompensation nicht dringliche Projekte und offensichtlicher Wunschbedarf zeitlich nach hinten verschoben werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Nein-Stimmen gegen 14 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Es folgt eine Pause von 10 Minuten.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Die Diskussion zum Budget ist eröffnet.

Martina Suter, Mitglied: Wir beurteilen den diesjährigen gewählten Ablauf im Vorfeld der Budgetdebatte als sehr gelungen und bedanken uns bei allen Beteiligten, die sich die Mühe gemacht haben, unseren detaillierten Fragenkatalog ausführlich zu beantworten. Dadurch konnten diverse Unklarheiten ausgeräumt werden. Auf den ersten Blick freut einem das ausgeglichene Budget mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 97 %. Wie wir wissen, trügt der Schein. Bereits vor 2 Jahren debattierten wir über eine Steuererhöhung. Die FDP hat Hand geboten für eine Erhöhung um 3 %. In der Zwischenzeit wurden aufgrund des LUP weitere Anstrengungen unternommen, den Finanzhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Wie erwähnt, schätzen wir sehr, dass die Prozesse und Aufgaben der Verwaltung genau unter die Lupe genommen wurden und als Resultat einige Optimierungen ins Budget 2018 eingeflossen sind. Diese basieren zu einem grossen Teil auf Gebührenerhöhungen, insbesondere beim Parkgebührenmanagement. Dort sprechen wir von rund 800'000 Franken, also 1,5 Steuerprozenten. Auch diese Massnahme tragen wir mehrheitlich mit, immer mit dem uns wichtigen Ziel vor Augen, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Was wir aber nicht mittragen, ist die erneute Steuerfusserhöhung um 3 %. Die Steuergesetzrevision von 2012 soll damit rückgängig gemacht werden. Dies, obwohl die Bevölkerung von Aarau diese Abstimmung damals mit über 66 % JA Stimmen angenommen hatte. Ein seltsames Demokratieverständnis! Die Entlastung durch die Lastenverschiebung zum Kanton reduziert die Aufwendungen für Aarau mit 1 Mio. Franken, das sind mehr als 1,5 Steuerprozente. Der Personalaufwand ist immer noch höher als in der Rechnung 2016. Im Rahmen des LUP wurden diverse Prozesse eruiert,

die verbessert werden können und zwangsläufig zu einer Pensenreduktion führen müssen. Für uns unverständlich, wenn wie an der Informationsveranstaltung erwähnt, beispielsweise das Einsammeln des Spezialabfalls günstiger durch externe Anbieter erledigt werden könnte, es aber nicht gemacht wird, weil die Stadt das Personal dafür bereits hat. Nur schon mit einer minimen Reduktion des Personalaufwands um 1 %, was aus unserer Sicht bereits über die natürlichen Fluktuationen zu erreichen ist - auch im Rahmen von im LUP vorgeschlagenen, optimierten Prozessen - wäre das Budget nochmals um ein halbes Steuerprozent entlastet. Der Sach- und Betriebsaufwand ist immer noch um 1.5 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2016. Wir verlangen nicht mal die Reduktion auf die Verhältnisse von 2016, sondern einzig eine Reduktion um die halbe Zunahme, das wären rund 750'000 Franken. Wir haben selber schon 2 Vorschläge: Wir sehen beim Subventionierungsmodell bei den familienergänzenden Strukturen Optimierungspotenzial, indem die Elternbeitragsberechnung vereinfacht werden könnte und die Umsetzung des KiBeG auf wenige, relevante Kriterien reduziert werden könnte, um die Administration stark zu entlasten. Zudem müsste der Beitrag an die Spitex, wir sprechen von heute rund 1.3 Mio. Franken, an die von der Stadt geforderte, aber noch nicht umgesetzte Fusion oder enge Zusammenarbeit mit umliegenden Spitexorganisationen geknüpft werden. Auch davon wäre eine gewichtige Optimierung zu erwarten. Alle erwähnten Punkte zusammen wären über 3 Steuerprozente, die ohne Leistungseinbusse für die Bürger und ohne Lohneinbussen fürs Personal optimiert werden könnten. Es gibt daher keinen Grund für eine erneute Steuerfusserhöhung. Die letzten beiden Jahre wurde uns aufgezeigt, dass uns WOSA massiv beschränkt in der Eingabe von pauschalen Optimierungsanträgen, wir aber für bedeutende Einzelanträge zu wenig ins Detail der operativen Tätigkeit in der Verwaltung sehen. Daher haben wir uns in diesem Jahr die Mühe erspart und haben keine entsprechenden Anträge gemacht. Einen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation sehen wir in einem Verkauf des Gastro-Social-Hauses, wenn keine Vermietung erfolgt bis Ende Jahr. Beim Kauf waren der allfällige FH Standort sowie die Rendite die gewichtigsten Argumente. Beides gilt heute nicht mehr. Wie wir wissen, harzt die Vermietung. Gerechnet hat die Stadt aber mit jährlichen Mieteinnahmen von rund 500'000 Franken, in etwa gleich viel, wie Miete bezahlt werden muss für die Räumlichkeiten bei der Post. Während die Miete bei der Post gestiegen ist, kommt im Gastro-Social-Haus kaum ein Franken rein. Ein wirklich schlechtes Geschäft! Zudem stehen kostenintensive Renovationsarbeiten an. Aufgrund der aktuellen Immobiliensituation wäre es allenfalls sogar noch möglich, einen gleich hohen oder leicht höheren Kaufpreis als damals bezahlt wurde, zu erhalten. Und so mit einem blauen Auge davon zu kommen. Erlauben Sie mir noch einen letzten Punkt, der bugetrelevant sein müsste, es aber nicht ist: Anfangs Jahr haben wir über die Schulden- bzw. Ausgabenbremse diskutiert und dem Stadtrat den Auftrag erteilt, umgehend einen Textentwurf vorzulegen und die Vorlage fürs Volk vorzubereiten. Bis heute haben wir nichts gesehen. Erstaunlicherweise geht es bei der Volksinitiative «Raum für alle» viel schneller. Diese soll dem Volk bereits im November vorgelegt werden, obwohl erst vor kurzem im Einwohnerrat behandelt. Wir hätten gern eine Erklärung von der Stadtpräsidentin, warum unsere Volksinitiative derjenigen aus den eigenen Reihen hinten angestellt wurde.

Ulrich Fischer, Mitglied: Herzlichen Glückwunsch zur Wende, jetzt bildet sich die politische Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner auch in der Zusammensetzung des Aarauer Stadtrates ab. Wenn aber die AZ heute schreibt: "Was hat die Wende in der Stadtpolitik für Folgen? Einen Vorgeschmack gibt es heute Abend im Einwohnerrat: Dort hat Mitte-Links bereits eine hauchdünne Mehrheit. Es droht eine weitere Steuererhöhung", dann zeigt das, dass die Situation nicht verstanden worden ist. Richtig ist vielmehr, dass mehrfache Steuersenkungen in Aarau kurz vor Beginn einer Dekade mit voller Investitionspolitik durchgezogen wurden und damit wurde die Prob-

lemlage, mit der wir uns jetzt bereits zweieinhalb Legislaturperioden herumschlagen, kreiert. Erst diese Steuersenkungen haben zur Schuldenaufnahme geführt und sind jetzt ideologischer Leitsatz "keine Steuererhöhungen" bei der SVP und FDP geworden. Das Budget einer Stadt entsteht durch Fiskaleinnahmen, nicht durch Sparmassnahmen. Richtig ist auch, dass nicht nur unsere Fraktion wie in den letzten Jahren ein ausgeglichenes Budget möchte, bei welchem es eine Balance zwischen Ausgabenkürzungen und Einnahmen-Erhöhungen gibt. In der Vergangenheit gelang es absolut nicht, hier paritätische Ergebnisse zu erzielen, die Ausgabenkürzungen dominierten und wurden auch von uns überwiegend mitgetragen. Trotzdem kam es jedes Jahr zu einer erheblichen Neuverschuldung. Ein politischer Kompromiss war absolut nicht möglich und die Situation stellt sich heute wenig anders dar. Unsere Fraktion sieht klar das ernsthafte Bestreben des Stadtrates, mittels LUP den Verlust aus operativer Tätigkeit zu begrenzen. Nicht ganz verständlich war, dass viele Massnahmen, die in der Kompetenz des Stadtrates sind, weitreichende Folgen haben und nicht ausreichend im Einwohnerrat abgestützt sind. Eine Resonanzrunde nach Vorstellung der LUP-Ergebnisse kann eine Abstützung im Einwohnerrat oder eine demokratische Legitimation nicht ersetzen. Folglich wird es zu einer Übersteuerung bei einigen Massnahmen durch den Einwohnerrat kommen. Dass auf den Steuerfussabtausch verzichtet wird, macht Sinn. Für mich war etwas unklar, dass wichtige Details im Kleingedruckten blieben und auch nicht sehr transparent waren. Die Stadtpräsidentin hat das nochmal erklärt in der heutigen Sitzung. Die Mehrbelastung aus der Aufgabenverteilung im Bereich Sozialhilfe und bei den Krankenkassen-Verlustscheinen ist nicht ganz abzuschätzen. Vielleicht macht es 0.5 Mio. Franken aus. Der Lastenausgleich, vor allem beim Steuerkraftausgleich und beim Bildungslastenausgleich, macht eventuell nochmal 0.6 Mio. Franken aus. Wenn man jetzt also sagt, wir bleiben beim vormaligen Steuerfuss, dann würde das heissen, dass es nur eine effektive Mehrbelastung des Budgets von wahrscheinlich zwei Steuerprozenten gäbe. Wir hätten dann einen effektiven Steuersatz von 92 %. Die Schuldenaufnahme müsste höher sein. Eine lineare Kürzung aller Produktegruppen, wie von der SVP gefordert, erachtet unsere Fraktion als unrealistisch. Mit Stabilo 2 wurde im Juni 2015 ein klarer Fahrplan zumindest zur Verminderung der Neuverschuldung vom Einwohnerrat verbindlich beschlossen. Ab 2018 sollte die Selbstfinanzierung bei jährlich 18 bis 20 Mio. Franken liegen. Aber es ist wie bei einer Fata Morgana. Je näher man dem Ziel kommt, umso weiter rückt es in die Ferne. Im Politikplan ist jetzt erst ab 2025 mit einer 100prozentigen Selbstfinanzierung zu rechnen. Aber ist das eine Fantasie oder Wirklichkeit? Das geringe Investitionsvolumen lässt sich nicht wirklich beurteilen, wahrscheinlich ist die Stadt auch 2025 nicht fertig gebaut. 2016 verfügte die Stadt über ein Nettovermögen von 83.8 Mio. Franken, bei langfristigen Schulden von 69.5 Mi0. Franken. Auf Ende 2022 wird sich das Nettovermögen halbiert haben auf 41 Mio. Franken und die Schulden werden bis Ende der Planperiode 2022 auf 111 Mio. Franken angestiegen sein. Völlig klar, dass wir dies nicht unterstützen. Positiv ist zu werten, dass wenigstens bei einem Steuerfuss von 97 % kein operativer Verlust mehr entsteht. Im letzten Budget waren es 3 Mio. Franken und dass es auch keinen rekordhohen Finanzierungsfehlbetrag gibt wie im Budget 2017. Unklar bleibt, warum der Stadtrat die mutmassliche finanzielle Entwicklung bis 2022 mit einem Steuerfuss von 97 % abbildet, obwohl er schreibt, dass eine weitere massvolle Erhöhung des Steuerfusses, allerdings unter dem Niveau des Bezirksmittels von 104 %, sinnvoll wäre. Mehrfach wurde der Stadtrat angefragt, wie er sich einen Schuldenabbau vorstellt. Unsere Fraktion hofft sehr, dass diese langfristig entscheidenden Fragen vom Stadtrat in der kommenden Legislaturperiode beantwortet werden.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Irgendwie ist das Vorbereiten eines Votums für die Budgetdebatte von Jahr zu Jahr ein kleinerer Aufwand: einfach «copy paste» und los. Auch in diesem Jahr wird im Budget die Bemühungen, Geld zu sparen, über die Qualität gestellt und jedes Jahr beginnt

das Ringen um den Steuerfuss von neuem. Jetzt liegen sogar zwei Anträge aus der rechten Ratshälfte auf dem Tisch, das Budget mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen und wieder einmal werden die Vorwürfe laut, dass dem mehrheitlich bürgerlichen Stadtrat der Wille fehle, ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten und genügend zu sparen. Aber vielleicht ist in vielen Bereichen gar kein Potential mehr zum Sparen. Meine Parteikollegin Petra Ohnsorg hat uns bei der letzten Budgetdebatte vorgerechnet, was eine Steuerfusserhöhung um 10 % für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Einkommen bedeuten würde. Ich finde diese Rechnung genug eindrücklich, um sie noch einmal aufzuzeigen. Wenn die Steuern um volle 10 Prozent erhöht würden, bezahlt eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 71'000 Franken lediglich 280 Franken mehr Steuern. Die Stadt Aarau hat aber Mehreinnahmen von 6 Mio. Franken. 280 Franken! Ich habe aufgrund der Gebührenerhöhung im letzten Jahr beim Instrumentalunterricht meiner Kinder wesentlich mehr als diese 280 Franken bezahlt. Wir fragen uns, was ist bei diesem enormen Spardruck als nächstes dran? Das Busfahren, die Eintrittspreise für das Schwimmbad (wenn ich mich nicht irre, wurde das Jahresabo bereits teurer), die Ski- und Klassenlager unserer Schulkinder? Ganz ehrlich, meine Familie bezahlt lieber die 280 Franken mehr, dafür opfern wir nicht die Stärken, Qualitäten und Identifikationsmerkmale unserer Stadt langsam und stetig der Sparwut. Die Sparpolitik der bürgerlichen Parteien ist aus unserer Sicht nicht nur unsolidarisch, nein, es werden einmal mehr die einkommensschwächeren Bürgerinnen und Bürger über den Tisch gezogen und benachteiligt. Die Grünen werden sich an dieser Sparpolitik nicht mehr beteiligen, für uns ist es klar, der Steuerfuss muss steigen. Wir stellen heute Abend ein weiteres Mal die Weichen für die Stadt Aarau. Wie wichtig sind uns unsere Schulen, unsere Verwaltung, unsere Infrastruktur, unsere öffentlichen Einrichtungen? Wie wichtig sind uns die Kultur, der Sport, unsere Freizeitangebote und unsere Traditionen? Wie wichtig ist uns unsere Lebensqualität? Und was ist uns diese Lebensqualität wert? Wir Grünen wollen eine Stadt mit einer grossen Lebensqualität. Entsprechend werden wir einen Antrag stellen für eine Steuerfusserhöhung auf 100 %.

Andrea Dörig, Mitglied: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es liegt uns ein ausgeglichenes Budget vor, das zum grössten Teil aufgrund der Stabilomassnahmen so ausfällt. Die Stabilomassnahmen und Pauschalkürzungen ohne Steuererhöhung führen im Budget 2018 zu einer Verbesserung von 6.3 Mio. Franken. Teilweise mit Massnahmen, die wir contre coeur mitgetragen haben. Zu den LUP Massnahmen haben wir uns schon geäussert und sind nicht mit allen vom Stadtrat gefällten Massnahmen einverstanden. Deshalb haben wir auch verschiedene Anträge eingereicht. Aber genaueres dazu später. Es ist uns bewusst, dass, falls die Anträge angenommen werden, sich das Budget in der Folge nicht mehr ausgeglichen präsentiert. Das Budget sollte möglichst anhand der zu erwartenden Zahlen erstellt werden, aber es bleibt trotzdem eine Prognose und erst bei Abschluss der Rechnung wird sich zeigen, ob die Prognose gestimmt hat oder eben nicht. Der andere Teil, der dazu beiträgt, dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen ist, ist der Entscheid, die Steuerentlastung von 3 % aus dem ALV nicht an die Steuerpflichtigen weiterzugeben. Das Argument, 97 % sei eine versteckte Steuererhöhung, ist nicht wahr. Der Stadtrat hat immer klar kommuniziert, dass es für den Steuerzahler eine Steuererhöhung von 3 % bedeutet. Aber aus der Sicht der Stadt sieht es anders aus. Die SP-Fraktion steht geschlossen hinter diesem Entscheid des Stadtrates. In der Folge lehnen wir den Antrag der FDP für einen Steuerfuss von 94 % ab. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Denn wenn wir jährlich von durchschnittlichen Investitionen von 20 Mio. Franken ausgehen,ist der Selbstfinanzierungsgrad immer noch um 5 Mio. Franken zu tief. Im Budget ist auf Seite 17 ersichtlich, dass die Finanzierungslücke mit einem Steuerfuss von 106 % gedeckt werden könnte. Das wäre zum heutigen Steuerfuss von 97 % eine Steuererhöhung von 9 % und nicht 20 %, wie Simon Burger in der

letzten Ausgabe der Telli-Post behauptet hat. Ich möchte mein Votum nicht in die Länge ziehen, vieles wurde schon gesagt. Nur noch kurz zu den Anträgen. Die SP-Fraktion stimmt allen Anträgen aus der FGPK zu. Zudem stimmen wir dem Antrag der Grünen zur Erhöhung der PG 30, Schule um 30'000 Franken zu. Und da befinden wir uns wieder oder immer noch in der Zeitschlaufe: den Rasenmäherantrag der SVP, über alle Produktegruppen hinweg sowohl beim Sach- wie auch beim Personalaufwand 3 % zu streichen, lehnen wir ab. Zu allen anderen Anträgen werden wir zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen.

Lukas Häusermann, Mitglied: Ich möchte am Anfang dem Stadtrat ein Kompliment aussprechen. Es ist tatsächlich so, dass wir vor einem Jahr gesagt haben, es sei besser, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und den Einwohnerrat nachher darüber entscheiden zu lassen, ob er das möchte oder nicht, als eine Lücke aufzuzeigen und der Einwohnerrat muss dann Ideen bringen, wie er diese Lücken schliessen will. Insofern hat der Stadtrat seine Aufgaben gemacht. Ich möchte ein anderes Bild beschreiben, wie meine Gefühlslage aussieht. Ich war heute mit meiner Tochter auf dem Spielplatz im Kasinogarten. Sie kennen sicher alle die schiefe Drehscheibe, auf der die Kinder gehen können und dann, sobald es nicht mehr geht, absitzen und rund herum gedreht werden. Wenn ich die letzten vier inklusive der aktuellen Budgetdiskussionen Revue passieren lasse, komme ich mir vor, wie auf dieser Drehscheibe. Zuerst gehen wir freudig los, am Schluss werden wir herumgewirbelt und merken, dass wir trotz unserem grossen Einsatz nicht wirklich weiter gekommen sind. Was für die Kinder ein Spass ist, sorgt bei uns für Frust und Unmut. So kann ich auch die Forderung verstehen, dass die mit der ALV versprochene Steuerfusssenkung auch umgesetzt werden soll. Wenn man die Zahlen anschaut, sieht man, dass sehr wohl durch die Stabilo- und LUP-Massnahmen der Aufwand in gewissen Produktegruppen sinkt, in anderen aber auch wieder steigt. In der Summe treten wir mehr oder weniger an Ort und Stelle. Auch wenn uns diese Realität nicht gefällt, so dürfen wir sie nicht einfach ignorieren. Weder auf der einen noch anderen Seite. Für die CVP heisst das, dass wir ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 97 % unterstützen. Wir lehnen Einsparungen aus LUP die mehr schaden als nutzen, ab, weil kleine Beiträge vor allem für die Empfänger grosse Bedeutung haben und die Probleme der Stadt nicht wirklich lösen. Schliesslich bleibt es festzuhalten, dass die Umsetzung der Ideen, so wie sie von der FDP vorgetragen worden sind, unsere volle Unterstützung verdienen. Das Votum von Martina Suter ist zwar schon ein paar Minuten alt und das Gedächtnis ist im politischen Alltag sehr kurz. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass Frau Suter Einsparungen im Bereich Schulen, Sport oder Kultur oder Gebührenerhöhungen gefordert hätte. Mit dem heutigen Mehrheitsverhältnis im Einwohnerrat ist es tatsächlich so, dass die Bürgerlichen ihre Vorschläge und Ideen etwas intelligenter und langfristiger planen müssen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Bevölkerung eine Steuererhöhung ohne gleichzeitige Ausgabendisziplin gutheissen wird. Das ist mit dem heutigen Budget eigentlich gegeben. Wir haben im LUP aufgezeigt, dass wir sparen können. Deshalb kann die CVP die 97 % unterstützen und wir werden sicher nicht irgendwelchen weiteren Steuererhöhungen zustimmen, nur weil man das Gefühl hat, dies sei der richtige Weg. Wir können das Budget, so wie es der Stadtrat vorgelegt hat, unterstützen, aber wir sind weiterhin offen für weitere Vorschläge zu Ausgabenkürzungen.

Susanna Heuberger, Mitglied: Der Jubel über das sogenannt ausgeglichene Budget ist auf gewissen Seiten schon mehrfach zum Tragen gekommen. Wenn wir heute Abend nach Hause gehen - Andrea Dörig hat es selbst schon erwähnt - ist das Budget nicht mehr ausgeglichen. Das wissen wir alle. Es ist die Aufgabe des Parlamentes, und in erster Linie in der Vorstufe des Stadtrates, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wir gehen also heute Abend nach Hause und haben ein

unausgeglichenes Budget. Ich bin sehr froh, und das hat sich in den letzten Jahren bewahrheitet, stimmen nicht wir über das Budget und insbesondere über den Steuerfuss ab. Primär schon, und dann kommt das Volk. Und in den letzten Jahren hat das Volk immer wieder, bis vor zwei Jahren, den Steuerfuss bewusst tief gehalten. Es hat uns damit den Auftrag gegeben, zu sparen, auch wenn es nicht attraktiv ist. Wir sind dem Volk gegenüber verpflichtet, die Ausgaben- und Lastenverschiebung weiterzugeben und die Steuerfussreduktion vorzunehmen. Ich bin überzeugt, das Stimmvolk wird mit dem Budget - obwohl es mit einem sogenannt gleichbleibenden Steuerfuss daherkommt, aber am Schluss unausgeglichen ist - nicht einverstanden sein. Wenn wir die Zahlen im Budget anschauen, sind wir auch mit Stabilo 1 und 2 und mit dem LUP nicht weiter. Wenn man den Vergleich macht mit der Rechnung 2016 haben wir jetzt ein Budget, welches darüber liegt. Wir haben überall höhere Zahlen. Da frage ich mich, wo die nicht haltbare Aussage sich bewahrheitet, dass wir uns hier zu Tode sparen. Das ist überhaupt nicht so. Der Aufwand bleibt weiterhin hoch. Wir haben weiterhin ein riesengrosses Problem mit den Investitionen, die sind massiv zu hoch. Wir gehen immer noch auf Kleintierjagd anstatt das Grosswild zu erlegen. Der Wunschbedarf wird weiter gehätschelt, den lässt man sich nicht nehmen. Es mag sein, dass man jedes Jahr mit den gleichen Anträgen kommt. Aber die kommen deshalb, weil sie notwendig sind und am Schluss in der Regel vom Volk bei der Budgetabstimmung mit dem Steuerfuss gestützt werden. Deshalb unsere Anträge um pauschale Kürzungen und zwar beim Personal- und Sachaufwand. Wir überlassen sogar mit unserem Antrag dem Stadtrat die Möglichkeit, selber zu sagen, wo er wie viel einsparen möchte. Wir geben ihm die Vorgabe, 3 % von der Summe des Personal- und Sachaufwandes der erwähnten Produktegruppen zu kürzen. Ein weiterer Antrag folgt beim Transferaufwand der Produktegruppe 20 "Kultur". Das ist eine reine freiwillige Produktegruppe, wo ein Zusatzbeitrag eingespart werden kann. Und dann können die 3 %, die für ein ausgeglichenes Budget mit 94 % fehlen, erreicht werden. Es braucht die Ausgabendisziplin. Es ist schade, dass der Einwohnerrat diese heute Abend nicht hat. Wir bedauern dies. Wir sind der Meinung, das Volk wird am Schluss das Korrektiv ergreifen. Packen Sie heute Abend möglichst viel noch rein, bei einem Steuerfuss von 120 % haben dann alle Ihre Forderungen Platz.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Besten Dank für die unterschiedlichen Würdigungen aus dem Rat, welche verschiedener gar nicht sein könnten. Wir sind uns zwar einig in der Sorge, welche nach wie vor vorhanden ist, und dem schliesst sich der Stadtrat auch an, dass wir nicht nur ein ausgeglichenes Budget, sondern auch eine Selbstfinanzierung, die unsere Investition finanzieren kann, erreichen sollten. Unterschiedlich ist man in der Interpretation, wie die Aufgaben der öffentlichen Hand und die entsprechende Alimentierung mit den Finanzen erfolgen soll. Das geht von "es ist genug mit Steuerfusserhöhungen" oder "man kann noch mehr sparen", "es hat noch Luft", bis zu "wir wollen mehr Lebensqualität, es ist genug gespart" oder "wir wollen den Steuerfuss erhöhen". In dieser ganzen Spannbreite wird sich heute Abend die Diskussion ergeben. Der Stadtrat hat sich mit seinem Vorschlag des Steuerfusses irgendwo eingemittet. Gerne nehme ich zu einzelnen Voten Stellung. Zum Hinweis von Martina Suter betreffend Verkauf Gastro Social: Tatsächlich ist es so, dass wir im Moment noch nicht sagen können, dass das Haus komplett vermietet ist. Der Stadtrat hat klar gesagt, dass er aus Arrondierungsgründen nach wie vor an diesem Haus festhalten möchte. Dieser ganze Schild ist eine wertvolle Landreserve, auch für kommende Generationen. Er hat den Vermietungsauftrag an die Abteilung Liegenschaften und Betriebe erteilt. Die Vermietung geht nicht einfach von heute auf morgen, das braucht Zeit. Der Stadtrat hat zeitlich eine Limite gesetzt. Im Laufe des nächsten Jahres soll ein Zwischenbericht über den Stand der Dinge abgegeben werden. Dann soll beurteilt werden, was dies bedeutet. Wir haben immer wieder Interessenten, welche sich für Teilflächen interessieren. Wir sind daran, das Optimum aus

der Liegenschaft herauszuholen. Es wurde eine professionelle Vermarktung angesetzt. Wir sind der Überzeugung, dass es einfach noch etwas mehr Zeit braucht und hoffen sehr, dass es zu einer Lösung kommen wird. Zur Schuldenbremse: Dabei handelt es sich um eine Initiative, die Ende des letzten Jahres dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Der Stadtrat hat beantragt, für die Initiative einen Betrag zu sprechen, damit ein Vorschlag ausgearbeitet werden kann. In diesem Zusammenhang wurde aber auch festgehalten, dass der Stadtrat in dieser Phase sehr stark durch das Projekt LUP beansprucht ist. Die Schuldenbremse ist keine "0815-Übung". Sie erinnern sich, dass wir in der Botschaft dargelegt haben, wie viele verschiedene Aspekte genau überprüft werden müssen. Es muss auch beurteilt werden, ob auf Gemeindeebene eine sinnvolle Lösung installiert werden kann. Der Stadtrat ist dafür offen und hat es sich als Jahresziel für das nächste Jahr gesetzt. Der Unterschied zur Wohnrauminitiative ist, das dort ein ausgearbeiteter Vorschlag vorlag, zu dem nur noch Stellung bezogen werden muss. Hier geht es darum, überhaupt einen Text zu entwerfen, weil die Initiative nur in Form einer allgemeinen Anregung vorliegt. Das waren die wichtigsten Fragen. Susanne Heuberger hat noch für ein ausgeglichenes Budget plädiert. Dies präsentiert der Stadtrat heute. Er hat dafür die LUP-Anträge transparent dargestellt resp. die Massnahmen, welche er gedenkt umzusetzen. Es liegt jetzt am Einwohnerrat, das Budget so zu beraten und schlussendlich zu genehmigen. Dann würde es auch ausgeglichen bleiben. Am Schluss bleibt die Frage nach dem idealen Steuerfuss. Ist es 94, 97 oder 100 Prozent? Auch hier ist es Sache des Einwohnerrates. Man weiss, dass seit 30 Jahren der Steuerfuss der Stadt Aarau immer unter dem Bezirksmittel und seit vielen Jahren auch unter dem Kantonsmittel liegt. Dies, damit man sich irgendwo gedanklich einmitten kann. Auch wenn der Stadtrat mit einem Steuerfuss von 97% kommt, ist es keine unverschämte Höhe, sondern nach wie vor regional und kantonal gut eingemittet. Klar ist, und ich betone dies nochmals, wenn wir einen Antrag auf 97 % stellen, ist das eine Steuerfusserhöhung. Dies sagt der Stadtrat auch ganz transparent und nicht versteckt. Sonst müssten wir nämlich 94 % beantragen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung des Budgets und zur Behandlung der Anträge zu den einzelnen Produktegruppen.

PG 01 Politische Führung

Es liegen folgende **Anträge** vor:

Antrag SVP:
Der Nettoaufwand der Produktegruppen 01, 02, 03, 04, 10, 12, 13, 14, 17 18, 20, 21, 22, 23, 26, 40, 41, 42, 50, 51, 60, 61, 62, 70, 71 und 73 sei jeweils um 3 % der Summe von Personalaufwand sowie Sach- und Betriebsaufwand zu reduzieren.

Antrag FGPK:
Der Nettoaufwand der PG 01 sei um 6'000 Franken zu erhöhen, damit im Jahr 2018 10 Sitzungen des Einwohnerrates durchgeführt werden können.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich habe es schon kurz erwähnt und nehme gerne nochmals Stellung zu diesem Antrag. Wir haben das primäre Ziel, ein ausgeglichenes Budget vor das Volk zu bringen. Seitens der SVP stellen wir die Forderung nach einem Steuerfuss von 94 %. So ist für uns klar, dass entsprechende Anträge gestellt werden, damit diese Budgetverbesserungen im Umfang von 3 % auch realisiert werden können, wenn man den wollte. Wenn man die 3 % Kürzungen

über alle erwähnten Produktegruppen beim Personalaufwand sowie beim Sach- und Betriebsaufwand, wie aus der bereits im schriftlichen Antrag aufgeführt und aus der mitgelieferten Tabelle ersichtlich ist, macht, kommt man auf eine Reduktion von 1.5 Mio. Franken. Mit dem weiteren Antrag folgen nochmal 140'000 Franken aus der Produktegruppe 20. Das ergibt zusammen 1.8 Mio. Franken, also genau die 3 Steuerprozente. Wir sind der Meinung, dass diese Aufgaben- und Lastenverschiebung dem Volk zwingend so weitergegeben werden muss. Danke für die Unterstützung.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Das Wort wird nicht weiter gewünscht.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich fasse mich kurz. Wir haben verschiedentlich über lineare Kürzungen im Rahmen des Budgets gesprochen. Im Zusammenhang mit WOSA wurde bereits viel darüber diskutiert, wie die Anträge vom Einwohnerrat eingebracht werden können. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem LUP-Leistungskatalog eine sehr gute Grundlage geschaffen haben. So kann benannt werden, welche Leistungen nicht mehr umgesetzt werden sollen. Diese haben ein Preisschild und somit einen Hebel. Wir möchten beliebt machen, dass der Einwohnerrat von dieser WOSA-konformen Methode Gebrauch machen und von einer linearen Kürzung absehen soll. Wir selber haben im Rahmen von Stabilo 1 und 2 Kürzungen vorgenommen. Wir beantragen, auf Pauschalkürzungen zu verzichten und zu benennen, was gekürzt werden soll.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zu den

Abstimmungen

Der Antrag der SVP
Der Nettoaufwand der Produktegruppen 01, 02, 03, 04, 10, 12, 13, 14, 17 18, 20, 21, 22, 23, 26, 40, 41, 42, 50, 51, 60, 61, 62, 70, 71 und 73 sei jeweils um 3 % der Summe von Personalaufwand sowie Sach- und Betriebsaufwand zu reduzieren.

wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Der Antrag der FGPK
Der Nettoaufwand der PG 01 sei um 6'000 Franken zu erhöhen, damit im Jahr 2018 10 Sitzungen des Einwohnerrates durchgeführt werden können.

wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

PG 02 Stadtkanzlei

Silvano Ammann, Mitglied: Im Rahmen von LUP hat der Stadtrat entschieden, ab 2018 eine neue Stelle für das Absenzen-Management zu bewilligen. Abgesehen von den Fragen, ob eine 80 % Stelle nicht zu hoch ist und ob die Leistungen nicht auch durch einen Versicherer und nur bei Bedarf hätten eingekauft werden können, erachtet die FDP-Fraktion die Massnahme als sinnvoll. Wir erwarten eine deutliche Reduktion der Abwesenheitstage. Zur Bewertung der Wirksamkeit dieser neuen Stelle wünschen wir uns vom Stadtrat klare neue Wirkungs-/Leistungsziele, wie zum

Beispiel Anzahl bearbeiteter Fälle oder Anzahl verhinderter Ausfalltage durch das Absenzenmanagement. Falls der Stadtrat dem negativ gegenüber stehen sollte, werden wir unserem Anliegen über eine WOSA-Motion Ausdruck verleihen. Wir hoffen aber auf positive Aufnahme.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Zu den Produktegruppen 03 bis 15 erfolgen keine Wortmeldungen.

PG 17 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Es liegen folgende **Anträge** der FGPK vor:

1. *Verzicht auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 1701.001. Der Bezug von Eagle-Power-Strom soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belasten werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 46'000 Franken erhöht werden, damit der Bezug von Eagle-Power-Strom über das Budget von PG 17 finanziert werden kann.*
2. *Verzicht auf die Umsetzung LUP-Massnahme 1701.001. Der Bezug von Biogas soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belastet werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 58'000 Franken erhöht werden. Und damit der Bezug von Biogas über das Budget der PG 17 finanziert werden.*

Rainer Lüscher, Mitglied: Im Vorspann der Massnahmen, welche in der Kompetenz des Einwohnerrates stehen, werden die Entscheide des Stadtrates zu den LUP Massnahmen in einer Gesamtübersicht dargestellt. Unter den Positionen 1701.001 und 6200.005 wird zum Bezug Eaglepower Strom erörtert, dass nicht auf Eaglepower Strom verzichtet werden will - bei der infrastrukturellen Bewirtschaftung (1701.001) und bei der öffentlichen Beleuchtung (6200.005). Die Mehrkosten, welche durch den Eaglepower Strom entstehen, sollen jedoch über den Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik finanziert werden. Der Stadtrat könnte in eigener Kompetenz auch ganz auf den Bezug von Eaglepower Strom verzichten, da inzwischen auch der herkömmliche Strom in Aarau aus reiner Wasserkraft vertrieben wird, nicht nur aus Aarau, aber aus der Schweiz. Der stadträtliche Entscheid ist nachvollziehbar, mit Eaglepower Strom weiterzufahren, dass die Vorbildfunktion weiterhin gewahrt bleibt, auch bei einem allfällig neuen und anderen Strommix für die Grundstromversorgung durch die IBA, welcher aus wirtschaftlichen Gründen evtl. in Zukunft nicht jedes Jahr 100 % aus reiner Wasserkraft sein könnte. Aus diesem Grund ist die freiwillige und teurere Strombezugsvariante durchaus dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik zuzuordnen. Die Mehrkosten belaufen sich pro Jahr zur Zeit auf 46'000 Franken. Das Gleiche gilt auch für den Bezug von Biogas (LUP Massnahme 1701.001 zur PG 17). Der Stadtrat verzichtet nicht auf den Bezug von Biogas, möchte diese Mehrkosten jedoch ebenfalls über den Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik finanzieren. Die Mehrkosten belaufen sich pro Jahr zur Zeit auf 58'000 Franken für diese freiwillige Massnahme zur Erreichung des Absenkpfades für den CO_2 Ausstoss der Stadt Aarau. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion die stadträtlichen Entscheide zu den obengenannten LUP Massnahmen und wird entsprechende Budgeterhöhungsanträge zu den entsprechenden Produktegruppen ablehnen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich darf stellvertretend für Werner Schib zu diesem Geschäft kurz Stellung nehmen. Es ist, wie Rainer Lüscher gesagt hat, wir haben verschiedene Stromarten in Aarau. Wir sprechen über EaglePower und Standartpower, das ist 100 % Wasserstrom aus der Schweiz und damit 100% erneuerbare Energie. Der EaglePower unterscheidet sich dadurch, dass wir 100 % reinen Wasserstrom haben, produziert im IBA Kraftwerk. Dazu gibt es noch einen EaglePower-Fonds mit einem Aufpreis von 1 Rappen für den Bau von neuen Anlagen zur Stromerzeugung (2/3). Der Rest, also 1/3, fliesst in das Naherholungsgebiet rund um das Kraftwerk. Das ist der Mehrwert vom EaglePower-Fonds. Für den Absenkpfand gemäss Gemeindeordnung hat es keinen Einfluss, ob man Standart-Strom nimmt oder EaglePower bezieht. Hier geht es nicht darum, welchen Strom bezogen wird, sondern aus was dieser finanziert wird. Der Stadtrat beantragt Ihnen nicht, auf EaglePower zu verzichten. Er beantragt Ihnen die Finanzierung aus dem Kredit für die städtische Energie- und Klimapolitik. Schlussendlich ist es ein politischer Entscheid, was man worüber finanzieren will. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es durchaus gerechtfertigt ist, über den Kredit diese konkrete Massnahme zu finanzieren und er hat Ihnen dies so beantragt. Etwas anders sieht es inhaltlich aus beim Biogas-Antrag. Dort wäre es tatsächlich - wenn man nicht Biogas beziehen will - relevant auf den Absenkpfad. Aber auch hier geht es nicht darum, den Biogas-Anteil zu reduzieren, sondern auch nur um die Finanzierung. Auch hier meint der Stadtrat, ist es letztlich eine Frage der Gewichtung, ein politischer Entscheid, über was man finanzieren möchte, über die allgemeinen Ausgaben oder über den Kredit. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest und bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Ich habe mich somit gleichzeitig auch zu den Massnahmen 6200.005 "Bezug EaglePower-Strom" - zu dem wir später noch kommen - geäussert.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zu den

Abstimmungen

Der Antrag 1 der FGPK
Verzicht auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 1701.001. Der Bezug von Eagle-Power-Strom soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belasten werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 46'000 Franken erhöht werden, damit der Bezug von Eagle-Power-Strom über das Budget von PG 17 finanziert werden kann.

wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Der Antrag 2 der FGPK
Verzicht auf die Umsetzung LUP-Massnahme 1701.001. Der Bezug von Biogas soll nicht dem Kredit zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik belastet werden. Der Nettoaufwand der PG 17 soll um 58'000 Franken erhöht werden. Und damit der Bezug von Biogas über das Budget der PG 17 finanziert werden.

wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

Zur Produktegruppe 18 erfolgt keine Wortmeldung.

PG 20 Kultur

Es liegt folgender **Antrag** der SVP vor:
Der Nettoaufwand der PG 20 sei zusätzlich um 10 % des Transfer-Aufwandes zu reduzieren.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Hans Peter Hilfiker, Stadtrat: Ich glaube wir haben in den letzten drei Sparrunden, Stabilo 1 und 2 sowie beim LUP-Prozess genau bei diesen Ausgaben Richtung Drittinstitutionen, sei es im Kultur- oder im Sportbereich oder auch bei sozialen Einrichtungen, immer wieder solche Pauschalkürzungen gemacht. Ich denke, es ist jetzt Zeit, uns auf anderes zu konzentrieren und die externen Empfänger von städtischen Mitteln ihre Arbeit machen zu lassen, wie wir es uns wünschen. In den entsprechenden Konzepten ist dies auch so vorbereitet. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der SVP
Der Nettoaufwand der PG 20 sei zusätzlich um 10 % des Transfer-Aufwandes zu reduzieren.

wird mit 36 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Zu den Produktegruppen 21 und 22 liegen keine Wortmeldungen vor.

PG 23 Stadtbibliothek

Es liegt folgender **Antrag** der SP vor:
Der Globalkredit der PG 23 "Stadtbibliothek" soll um 15'200 Franken auf 875'300 Franken erhöht werden.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Hans Peter Hilfiker, Stadtrat: Auch hier ein "deja-vu". Wir haben letztes Mal bereits über diese 15'000 Franken diskutiert. Es geht darum - und es ist ein wichtiger Punkt - wenn schon Sparanstrengungen gemacht werden, dass dann auch alle Bereiche etwas dazu beitragen. Wir haben im Bereich "Stadtbibliothek" es der Stadtbibliothek selber überlassen, die zwei bis drei Prozent des Nettoaufwands auf irgend eine Art und Weise zu generieren. Der Entscheid fiel auf eine Anpassung der Gebührenordnung und für den Verzicht auf eine Lehrstelle. Der Einwohnerrat hat dann eingegriffen, wir haben die Lehrstelle jetzt besetzt. Wir möchten aber an diesem Gesamtprogramm weiter festhalten. Es sollen bis Ende 2018 40'000 Franken auf der Basis von 900'000 Franken mit verschiedenen Massnahmen reduziert werden. Es ist tatsächlich so, dass die Bibliothek in einem Umfeld ist, das sich sehr stark verändert. Im Budget ist ersichtlich, dass z.B. die Medienbestände reduziert werden. Dies nicht aus Spargründen, sondern weil ein kleinerer Bestand besser

gepflegt werden kann. Die Medien werden seit Jahren günstiger, man hat Mittel um etwas damit zu machen. Die Lehrstelle ist besetzt, diese sollen weiterhin gepflegt werden, wenn sich das Gesamtsystem stabilisiert. Man hat bei der Bibliothek nichts abgebaut, sondern jedes Jahr etwas Neues erschaffen wie z.B. die Winteröffnungszeiten. Es soll als Zeichen nach Aussen festgehalten werden, dass man auch in einem freiwilligen Bereich das eine oder andere optimieren kann, mit den entsprechenden Leistungen. Genau das ist so eine Leistung. Die Stadtbibliothek ist in der Lage, diese Zielsetzungen einzuhalten. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der SP
Der Globalkredit der PG 23 "Stadtbibliothek" soll um 15'200 Franken auf 875'300 Franken erhöht werden.

wird bei 23 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin **gutgeheissen**.

Zur PG 26 liegen keine Wortmeldungen vor.

PG 30 Betrieb Volksschule

Es liegen folgende **Anträge** vor:

Antrag Fraktion Pro Aarau, EVP/EW, GLP:
Das Budget sei um 9'000 Franken zu erhöhen (vgl. LUP, Seite 12, 3000.015 Schulsport) für die Administration des freiwilligen Schulsports.

Antrag Grüne:
Der Nettoaufwand der PG 30 "Schule" sei um 30'000 Franken auf 3'383'700 Franken zu erhöhen.

Christoph Waldmeier, Mitglied: "Jugendliche lungern herum" Dies ist ein Titel, der vor einiger Zeit in der Zeitung stand. Diesen und ähnliche Titel kann man immer wieder in den Zeitungen lesen. Vom J&S Schulcoach der Stadt Aarau werden momentan pro Semester 60 Kurse, früher waren es 20, organisiert. 1400 Jugendliche, vom Kindergarten bis zur Oberstufe in der Region Aarau, werden so vor dem Herumlungern beschützt. Die Kurse dürfen auch von Jugendlichen aus Küttigen, Erlinsbach, Suhr und selbstverständlich auch von der Kreisschule Buchs-Rohr besucht werden. Betreut werden sie von 35 professionellen Kursleitern. Diese Kosten werden zu zwei Dritteln vom BASPO (Bundesamt für Sport) und zu einem Drittel vom Kanton finanziert. Die Frage, die sich hier für uns stellt, ist, ob sich Aarau weiterhin diese günstige und sinnvolle Beschäftigung der Jugendlichen leisten möchte. Der J&S Coach in Aarau wird zu einem Teil von der Stadt mit 9000 Franken entschädigt und andrerseits mit 5000 Franken vom BASPO. Weshalb dies keine Doppelentschädigung ist, kann meinem Antrag entnommen werden. Nachdem die Zahlen so da stehen, bitte ich Sie, nicht abzuhängen, denn das hat nachvollziehbare Gründe. Mit der LUP-Massnahme betrüge die Entschädigung noch 3/8 der bisherigen Entschädigung. Dies wäre gleichgesetzt mit einem

normalen Schulamt, z.B. mit dem Stundenplaner, welcher rund 200 Stunden Aufwand pro Jahr hat. Die Arbeit des J&S-Schulcoachs kann nicht eine beliebige Lehrperson machen, sondern das braucht Fachwissen und ein enormes Netzwerk. Zudem beträgt der Aufwand wesentlich mehr als der Aufwand eines Stundenplaners. Alle Kurse müssen abgerechnet werden, das Tool für die Anmeldungen muss bewirtschaftet, Lager koordiniert und Nachmeldungen bearbeitet werden. Weiterbildungen, Qualifikations- und Qualitätskontrolle, sowie die Koordination der regionalen Verantwortlichen fallen ebenfalls in den Aufgabenbereich des J&S-Schulcoachs. Eine so massive Gehaltseinbusse ermöglicht es nicht, den gleichen Leistungsstandard aufrecht zu erhalten. Insbesondere ist es ungeschickt, kurz vor der Schulfusion hier noch etwas zu ändern, die Leute zu verärgern. Dies erst noch mitten im Schuljahr, da die Verträge in der Schule - im Gegensatz zur Arbeitswelt - jeweils auf Jahresmitte geregelt sind. Schliesslich würden 1400 Kinder, die sich teilweise andere Angebote nicht leisten können, benachteiligt. So sind beispielsweise 6 Schwimmkurse inklusive Eintritt kostenlos. Insbesondere meine Tellianer, ich bin ja auch so einer, nutzen das besonders gut. Will die Stadt Aarau tatsächlich ein solches Angebot gefährden, indem sie unter dem Strich 9000 Franken einspart? Ich möchte das nicht. Ich bitte Sie, im Sinne unserer Jugend und dass wir spannendere Zeitungsartikel als von herumlungernden Kindern lesen können, dem Antrag zuzustimmen.

Franziska Graf, Stadträtin: Wir haben viel gehört zu diesem Betrag. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen trotzdem, daran festzuhalten. Informativ weise ich Sie darauf hin, dass es in der Kompetenz der Schulpflege liegt und diese darüber entschieden hat. Natürlich können Sie das Geld sprechen. Dies wird dann der Schulpflege so auf den Weg gegeben, die das Thema nochmals diskutieren soll. Es liegt nicht in der Kompetenz des Stadtrates, dies umzusetzen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Pro Aarau, EVP/EW, GLP
Das Budget sei um 9'000 Franken zu erhöhen (vgl. LUP, Seite 12, 3000.015 Schulsport) für die Administration des freiwilligen Schulsports.

wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

Markus Hutmacher, Mitglied: Ich fasse mich zum Antrag der Grünen kurz. Die Begründung haben Sie bereits erhalten. Eine Art Kommunikationsproblem hat diesen Antrag überhaupt erst notwendig gemacht. Die Schulpflege hat verstanden, dass sie mit LUP prüfen muss und hat mit den bisherigen Mitteln geplant. Der Stadtrat hat das umgesetzt. Wenn jetzt die 30'000 Franken gespart werden, entsteht das Problem, dass die Lager, die bereits aufgegleist sind, nicht durchgeführt werden können. Daher bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der Grünen
Der Nettoaufwand der PG 30 "Schule" sei um 30'000 Franken auf 3'383'700 Franken zu erhöhen.

wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

PG 31 Musikschule und Kadettenmusik

Es liegt folgender **Antrag** der FGPK vor:
Der Nettoaufwand der PG 31 "Musikschule" sei um 11'000 Franken zu erhöhen und damit die wöchentliche Anzahl Lektionen bei der Kadettenmusik von 11 beizubehalten.

Peter Roschi, Mitglied: Selbstverständlich trete ich bei diesem Geschäft in den Ausstand. Ich möchte Ihnen noch folgendes mit auf den Weg geben: Man entscheidet über diese 11 Lektionen à 45 Minuten. Damit unterrichten wir die Kadettenmusik. Aber wir unterrichten nicht nur, sondern wir machen im Jahr 25 Auftritte. Der letzte war am vergangenen Freitag. Das fing für die vier Kadettenmusik-Leiter nachmittags um 14.00 Uhr an und um 23.00 Uhr war Schluss. Selbstverständlich ist alles in diesen 11 Lektionen inbegriffen. Für ein Jahreskonzert können sie mich nachher noch fragen, wie lange das dauert, bis alles aufgestellt und wieder weggeräumt ist. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg beim Abstimmen und trete jetzt in den Ausstand.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der FGPK
Der Nettoaufwand der PG 31 "Musikschule" sei um 11'000 Franken zu erhöhen und damit die wöchentliche Anzahl Lektionen bei der Kadettenmusik von 11 beizubehalten.

wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen (Ausstand Peter Roschi) **gutgeheissen**.

Zur PG 40 erfolgen keine Wortmeldungen.

PG 41 Freiwillige Sozialarbeit

Es liegt folgender **Antrag** der SP vor:
Das Produkt "Beiträge an Institutionen" sei um 50'200 Franken zu erhöhen und der Aufwand der Produktegruppe 41 entsprechend anzuheben.

Gabriela Suter, Mitglied: Diese unsolidarischen Abbaumassnahmen, die im Rahmen des LUP-Projektes beschlossen wurden, sollen rückgängig gemacht werden. Diese lagen in der Kompetenz des Stadtrates. Die Sozialen Dienste und die Abteilung Finanzen wurden beauftragt, die Produktegruppe 43 aufzulösen und den Produktegruppen 40 und 41 zuzuteilen, je nachdem ob eine gesetzliche oder freiwillige Sozialarbeit geleistet wurde. Jetzt geht es um die freiwillige Sozialarbeit,

um die freiwilligen Leistungen ohne Verpflichtungen. Man kann diese einfach wegwerfen, wenn man sparen möchte. Wenn man das genauer betrachtet, um welche Leistungen es sich handelt, sieht man, dass es um zwei Pakete geht. Einerseits handelt es sich um Beiträge an die Entwicklungshilfe im Ausland, 50'000 Franken. Beim zweiten sind es ca. 20'000 Franken. Damit werden ganz viele Klein- und Kleinstbeträge an kleine und grössere Institutionen gesprochen, die ganz wichtige Aufgaben leisten; zum Beispiel die Präventionsarbeit. Das sind Beträge, die vom Stadtrat gesprochen wurden, teilweise aus den 70er-Jahren, als er noch bürgerlicher zusammengesetzt war. Jetzt möchte man darauf verzichten. Ich habe die vier grössten Beträge abgebildet, damit ersichtlich ist, um was es geht. Insgesamt werden 24 Institutionen unterstützt. Das macht 20'000 Franken aus. Im FGPK-Protokoll steht, dass noch nicht entschieden wurde, welche Beiträge gekürzt werden sollen. Aber die Kürzungssumme ist bekannt, eben 50'200 Franken. Jetzt kann man 1 und 1 zusammenzählen, es trifft ganz sicher die Entwicklungshilfe im Ausland und genau das finden wir höchst unsolidarisch. Wir sind wirklich keine notleidende Stadt, wir nagen auch nicht am Hungertuch. Wenn man es pro Kopf ausrechnet, ergibt sich ein Betrag von Fr. 2.40. Und das soll uns doch die Geste wert sein. Es ist kein grosser Betrag; ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein um eben auch Fluchtursachen im Ausland zu bekämpfen. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion solidarisch zu sein und die freiwilligen Beiträge entsprechend aufzustocken.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Es ist so, wie es Gabriela Suter richtig festgehalten hat. Der Stadtrat hat sich für eine weitere Kürzung von 50'000 Franken entschieden. Es wird so sein, dass wenn die Kürzung erfolgt, diese bei der Entwicklungshilfe stattfindet. Wir vertreten die Meinung, dass die kleinen Institutionen in der Schweiz, welche vor Ort arbeiten oder sich in Aarau engagieren, ähnlich wie beim Sport oder Kultur, unterstützt werden sollen. Deshalb wird es die Entwicklungshilfe treffen und es ist an Ihnen, zu entscheiden, was geschehen soll.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der SP
Das Produkt "Beiträge an Institutionen" sei um 50'200 Franken zu erhöhen und der Aufwand der Produktegruppe 41 entsprechend anzuheben.

wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Zu den PG's 42 bis 46 erfolgen keine Wortmeldungen.

PG 50 Stadtpolizei

Es liegen folgende **Anträge** von Silvano Ammann vor:

Antrag 1:
Die Entgelte der PG 50 "Stadtpolizei" seien um 650'000 Franken zu reduzieren. Auf die vom Stadtrat beschlossene Massnahme aus der Leistungs- und Prozessüberprüfung LUP 5002.001 Verkehrspolizei (Parkgebühren) sei zu verzichten.

Antrag 2:
Der Personalaufwand der PG 50 "Stadtpolizei" sei um 60'000 Franken zu reduzieren. Auf die Stellenerhöhungen um 75 % sei zu verzichten.

Regina Jäggi, Stadträtin: Der Einwohnerrat hat dem Stadtrat die Kompetenz für diese Gebühren erteilt. Es besteht ein Reglement und deshalb denke ich, ist es abschliessend in der Kompetenz des Stadtrates, über Gebühren entscheiden zu können. Dieses Reglement regelt von 50 Rappen bis 5 Franken klar, welche Erhöhungen getätigt werden können. Wir haben die Erhöhung von 50 Rappen sehr tief gehalten. Dieser Entscheid stammt vom 28. August 2017 und wird ab 1. Oktober 2017 umgesetzt. So kann gar nichts mehr gemacht werden. Die Situation zeigt, dass der Einwohnerrat die Kompetenz des Stadtrates mit dem Budget nicht übersteuern kann.

Silvano Ammann, Mitglied: Ich finde diese Aussage komisch. Wir machen den ganzen Abend nichts anderes als über das Budget bei gewissen LUP-Massnahmen, die in der Kompetenz des Stadtrates liegen, zu sprechen. Daher denke ich, dass wir auch bei dieser Erhöhung eingreifen können.

Regina Jäggi, Stadträtin: Der Einwohnerrat kann den Nettoaufwand um 650'000 Franken erhöhen. Das heisst aber nicht, dass er bestimmen kann, dass die Parkgebühren nicht erhöht werden sollen. In der Rechnung ergäbe sich dann in der PG 50 eine grosse Abweichung zum Budget. Einen Mehrertrag und einen geringeren Nettoaufwand.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Der Antrag 1 wird demzufolge mit dem Satz "der Nettoaufwand der PG 50 ist um 650'000 Franken zu erhöhen" ergänzt. Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegt, kommen wir zur

Abstimmung

Der Antrag 1 von Silvano Ammann
Die Entgelte der PG 50 "Stadtpolizei" seien um 650'000 Franken zu reduzieren bzw. der Nettoaufwand um 650'000 Franken zu erhöhen. Auf die vom Stadtrat beschlossene Massnahme aus der Leistungs- und Prozessüberprüfung LUP 5002.001 Verkehrspolizei (Parkgebühren) sei zu verzichten.

wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Regina Jäggi, Stadträtin: Wir müssen die Kontrollen ob bezahlt wird, durchführen Und wenn das Nachts ist - und gemäss Reglement die Möglichkeit besteht, die Parkgebühren bis um Mitternacht auszudehnen - dann können die Frauen, welche diese Kontrolltätigkeiten ausüben, nicht alleine arbeiten. Kontrollen müssen gemacht werden. Deshalb möchte ich Sie bitten, auf eine Reduktion zu verzichten.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag 2 von Silvano Ammann
Der Personalaufwand der PG 50 "Stadtpolizei" sei um 60'000 Franken zu reduzieren. Auf die Stellenerhöhungen um 75 % sei zu verzichten.

wird mit 35 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Zur PG 51 liegen keine Wortmeldungen vor.

PG 60 Stadtentwicklung /stadteigene Bauten / Umwelt

Es liegt folgender **Antrag** der FGPK vor:
Auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 6003.004 "Förderung des Umweltbewusstseins und der umweltgerechten Verhaltens" sei zu verzichten. Der Nettoaufwand der PG 60 sei um 14'000 zu erhöhen.

Ulrich Fischer, Mitglied: Es geht um Einsparungen von Kosten für Sensibilisierungsmassnahmen im Bereich Umwelt. Für 2018 wären das 14'000 Franken, darüber stimmen wir jetzt ab. Für 2019 wäre es ein Betrag von 33'000 bzw. 38'0000 Franken im Jahr 2020. Neben anderem soll dabei der Leistungsauftrag an das Naturama ab 2019 in der Höhe von 10'000 Franken gestrichen werden. Wir sind alle der Meinung, an der Sensibilisierung für die Umwelt kann man eigentlich nicht sparen, zumal es ein kleiner Betrag ist. Sensibilisierung für eigenverantwortliches Handeln, das ist ja das, was man möchte. Nicht mit Restriktionen arbeiten oder mit materiellen Anreizen. Im Umweltbericht der Stadt Aarau wird dem Begriff Sensibilisierung eine bedeutende Rolle zugewiesen. Aarau ist eine moderne und attraktive Stadt. Da gehört eine gesunde Umwelt und Natur genauso dazu, wie ein kulturelles Angebot, Infrastrukturen für Sportvereine, ein attraktives Betreuungsangebot. Auf die Streichung von 14'000 Franken für 2018 soll deshalb verzichtet und der Nettoaufwand der PG 60 um diesen Betrag erhöht werden.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der FGPK
Auf die Umsetzung der LUP-Massnahme 6003.004 "Förderung des Umweltbewusstseins und der umweltgerechten Verhaltens" sei zu verzichten. Der Nettoaufwand der PG 60 sei um 14'000 zu erhöhen.

wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Zur PG 61 erfolgen keine Wortmeldungen.

PG 62 Verkehrsflächen und Gewässer

Es liegt folgender **Antrag** der FGPK vor:
Der Nettoaufwand der PG 62 sei um 13'000 Franken zu erhöhen und damit auf die Umsetzung der LUP-Massnahmen 6200.005 "Bezug EaglePower-Strom" zu verzichten, d.h. den Strombezug wieder der Erfolgsrechnung zu belasten.

Markus Hutmacher, Mitglied: Es geht hier um ein "ad hoc Antrag" resp. ich habe den Antrag schon lange geplant, aber nicht gewusst, wie formulieren. Wir haben einen Indikator und der nennt sich "berechtigte Haftpflichtforderungen infolge mangelhaftem baulichen Strassenunterhalt". Dort ist als Soll die Anzahl 1 eingesetzt. An diesem Beispiel sieht man gut, zu welchen Blüten unsere Sparübungen führen können. Der Indikator sagt uns also, dass jemand einen Unfall haben wird und ein Haftpflichtfall auf die Stadt zukommt. Wir sind noch so blöd, und schreiben das ins Budget, dass wenn wir vor Gericht müssen, nur noch das Budget vorgelegt werden kann, um nachzuweisen, dass die Stadt damit gerechnet habe. Ich beantrage, den Indikator auf 0 zu setzen. Es geht nicht nur um die Haftpflicht sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Stadt die Strassen so unterhält, dass es zu keinen Unfällen kommt. Wir verhindern damit auch Leid und Trauer. In diesem Sinne bitte ich um Abänderung und entsprechende Abstimmung. Und das Schöne dabei: es kostet nichts.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Es handelt sich dabei nicht um eine Absichtserklärung des Stadtrates, sondern um ein offensichtliches Versehen. Es sollte die Zahl 0 stehen. Es muss nicht darüber abgestimmt werden, der Schreibfehler wird korrigiert.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich halte fest, dass Markus Hutmacher seinen Antrag zurückzieht.

Thomas Richner, Mitglied: Zu diesem offensichtlichen Versehen: in der Erläuterung zu den Indikatoren steht, dass sich berechtigte Haftpflichtforderungen wegen mangelhaftem Unterhalt ergeben können. Ist dieser Satz auch ein Versehen? Er müsste ebenfalls gestrichen werden.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Es ist kein Soll-Ziel, dass man einen Haftpflichtfall haben möchte. Das Ziel ist 0.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der FGPK
Der Nettoaufwand der PG 62 sei um 13'000 Franken zu erhöhen und damit auf die Umsetzung der LUP-Massnahmen 6200.005 "Bezug EaglePower-Strom" zu verzichten, d.h. den Strombezug wieder der Erfolgsrechnung zu belasten.

wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Zu den PG's 63 bis 72 liegen keine Wortmeldungen vor.

PG 73 Bestattungswesen und Grünflächenpflege

Es liegt folgender **Antrag** der SP vor:
Der Globalkredit der PG 73 soll um 50'000 Franken für die Baumpflege auf 1'693'000 Franken erhöht werden.

Andrea Dörig, Mitglied: Eigentlich ist im Antrag schon fast alles gesagt. Ich möchte Sie jedoch nochmals inständig bitten in Ihren Abwägungen folgenden Umstand mit einzubeziehen: Die Folgen beim Abbau der Baumpflege werden nicht morgen oder übermorgen sichtbar, sondern vielleicht erst in 10 oder 15 Jahren. Dann ist es vielleicht schon zu spät. Per Ende November 2017 sollen als LUP-Massnahme die abgestuften Pflegestandards dargelegt werden. Falls die Verantwortlichen und Fachpersonen aufgrund der Darlegungen von keinen Langzeitschäden und keinem Risiko für die Bevölkerung ausgehen, kann die Reduktion immer noch im Budget 2019 abgebildet werden.

Gestatten Sie mir nun noch, dass ich nun noch das Wort als Bewohnerin der Fusionsgemeinde Rohr an den Stadtrat richte. Vor 4 Jahren musste die Grün- und Baumpflege, auch wegen zu wenig Platz im Werkhof Aarau, in den Werkhof Rohr zügeln. Man hat zudem beabsichtigt, die Gruppe an einem Ort zusammenzuziehen. Wie durch ein Wunder hat es nun anscheinend wieder Platz im Werkhof Aarau und der Stadtrat beabsichtigt, den Werkhof Rohr extern zu vermieten. Notabene der letzte Verwaltungsstandort im Stadtteil Rohr soll geschlossen werden. Ich bitte den Stadtrat, den Entscheid nochmals zu überdenken. Die Mitarbeiter sind jeweils zumindest morgens und abends im Werkhof Rohr und übernehmen dadurch eine wichtige unterschwellige soziale Kontrolle im Stadtteil Rohr.

Peter Roschi, Mitglied: Bei diesem Kredit von 50'000 Franken geht es darum, den Bestand an alten Bäumen zu erhalten und sie zu pflegen. Ich habe mich heute Nachmittag beim Verantwortlichen der Stadt Aarau erkundigt. Auch einer von denen, die nicht gefragt wurden, was geschieht wenn Leistungen gestrichen werden. Für die Baumpflege werden Spezialisten zugezogen. Wenn die sicherheitsrelevante Pflege nicht mehr gemacht werden kann, müssten viele alte Bäume vorsorglich gefällt werden. Beim Sturm von letzter Woche ist beispielsweise beim Kindergarten Binzenhof nur deshalb kein Unfall passiert, weil der Baum vorgängig durch Spezialisten gepflegt und gesichert wurde. Angestellte des Werkhofs können diese Aufgabe nicht übernehmen. Um Bäume zu pflegen bedarf es einer zweijährigen Spezialausbildung. Es würde sich für die Stadt Aarau nicht lohnen, Fachspezialisten anzustellen. Ich betone nochmals, dass es sich hier nicht um eine Massnahme handelt, die man einfach mir nichts dir nichts streichen kann. Es kann nicht das Ziel sein, dass die alten Bäume aus Sicherheitsgründen gefällt werden müssen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag der SP
Der Globalkredit der PG 73 soll um 50'000 Franken für die Baumpflege auf 1'693'000 Franken erhöht werden.

wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Investitionsrechnung

Es liegen folgende **Anträge** der SVP vor:
Im Investitionsbudget 2018 seien nachstehende, bisher für Folgejahre vorgesehene Projekte / Summen einzustellen:

4601 Alterssiedlung Herosé
D60.5.021 Ersatzneubau, Wettbewerb: 100'000 Franken

4602 Pflegeheim Herosé
D60.5.011 Ersatzneubau, Wettbewerb: 350'000 Franken
D60.5.035 Herzoghaus, Sofortmassnahmen: 500'000 Franken

4603 Pflegeheim Golatti
A60.5.025 Milchgasse, Sofortmassnahmen: 1'000'000 Franken

Susanna Heuberger, Mitglied: Wie bereits im Rückweisungsantrag erwähnt wurde, haben wir in der Investitionsrechnung und in der Investitionsplanung sehr grosse Verschiebungen nach hinten im Bereich der städtischen Pflegeheime. Mit diesem Antrag geht es uns darum, den dringend benötigten Schub zu bringen, damit endlich etwas geht. Andrea Dörig hat am Anfang die süffisante Bemerkung gemacht, die SVP solle sich doch endlich damit abfinden, dass die Altersheime bei der Stadt bleiben. Wir haben uns nicht damit abgefunden. Es gibt einen Volksentscheid und den gilt es zu respektieren. Genau deshalb, weil die SP dafür verantwortlich ist, dass die Altersheime weiterhin eine städtische Aufgabe bleiben, erwarten wir eine 100 prozentige Zustimmung zu unseren Anträgen von der SP. Ich möchte kurz begründen und dann noch etwas zu den einzelnen drei Punkten erwähnen. Ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass in beiden städtischen Pflegeheimen seit Jahren ein riesengrosser Investitionsbedarf besteht. Schon lange wird nur das Nötigste gemacht. Seit ungefähr 15 Jahren ist man daran und versucht mehr oder weniger, die Altersheime etwas besser aufzustellen. Allenfalls mit einer Sanierung oder einem Ersatzneubau. Wir sind noch nicht weiter als vor 15 Jahren. Ein Teil der Einrichtungen der Stadt erfüllt im baulichen Bereich die Mindestanforderungen schon länger nicht mehr. So konnte bei der Station Milchgasse nur dank wiederholten Ausnahmebewilligungen des Kantonalen Departements Gesundheit und Soziales der Betrieb in den letzten Jahren überhaupt aufrecht erhalten werden. Vielleicht erinnern Sie sich an die seinerzeitige Stellungnahme des Stadtrates zum Bericht im Zusammenhang mit der Verselbständigung. Dort konnte man als Partei Stellung nehmen. Dem Bericht war zu entnehmen, dass es nur noch dank Ausnahmebewilligungen möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wenn man jetzt einen eins zu eins Vergleich macht zum letztjährigen Investitionsprogramm, fällt auf, dass alle Projekte in den Pflegeheimen sehr weit nach hinten geschoben werden. Die Bereitstellung und Förderung einer umfassenden, bedarfs- und zeitgerechten Infrastruktur für ältere Menschen, und dies trifft insbesondere für Pflegeinstitutionen zu, ist eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand. Es ist eine, und in Aarau hat man das Gefühl, es wäre eine. Weil die Stadt Aarau selber zwei Pflegeheime betreibt und nach der eben erst abgelehnten Verselbständigung von Herosé und Golatti auch weiterhin Betreiberin bleibt, tragen wir als Stadt eine doppelte Verantwortung. Diese wollen bzw. sollen wir zwingend wahrnehmen. Und zwar jetzt. Es geht deshalb auf keinen Fall, dass der bauliche Unterhalt unserer Institutionen weiterhin vernachlässigt wird und

sich diese damit in einem sehr innovativen und dynamischen Marktumfeld zunehmend unattraktiv präsentieren. In ca. einem Monat wird das Altersheim Suhrhard eröffnet. Ich lade Sie ein, besuchen Sie diese Institution und nachher schauen Sie sich unsere städtischen Altersheime an. Vielleicht merken Sie dann, dass der Bedarf, etwas zu unternehmen, dringend da ist. Der Stadtrat setzt die Prioritäten komplett falsch. Er schiebt die dringliche Investition im Bereich Alter in die ferne Zukunft und zieht nicht dringliche oder sogar Wunschbedarf, wie z.B. im Bereich Kultur, vor. Das geht zu Lasten der Alten und Schwachen und ist nicht sozial. Wir wollen versuchen, mit drei Anträgen, die neu ins Budget 2018 aufgenommen werden, dieser ganzen Sache Schub zu verleihen. Unser erster Antrag betrifft die Position D60.5.021 Alterssiedlung Herosé, Ersatzneubau, Wettbewerb, 100'000 Franken. Diese Position war ursprünglich im letzten Budget (2017). Jetzt befindet sie sich im Jahr 2019. Unser Antrag bezweckt, dass diese Position im Jahre 2018 realisiert wird. Angelica Cavegn Leiter hat am Anfang auch begründet, warum man nicht auf die dringliche Motion eintreten soll. Es laufe jetzt nämlich etwas. Für mich persönlich reicht es nicht aus, dass man mit einer Person vom Departement Gesundheit und Soziales durch die Häuser geht und nochmal schaut, was man machen möchte. So kommen wir nicht vom Fleck. Ich bitte Sie, stellen Sie den Betrag im Budget 2018 ein. Bei dieser ganzen Diskussion habe ich eine Frage an den Stadtrat: was ist der Grund, weshalb sämtliche Investitionen so weit in die Folgejahre ausgelagert wurden? Ich habe eine Information, die ich gerne bestätigt oder widerlegt haben möchte. Man sei davon ausgegangen, dass die städtischen Altersheime verselbständigt werden und deshalb sei diese Angelegenheit aus dem Budget gestrichen worden. Der zweite Antrag betrifft die Position 4602, Pflegeheim Herosé. Hier geht es um den Wettbewerb für den Ersatzneubau. 350'000 Franken waren ursprünglich im Budget 2017 und sind jetzt vorgesehen im Jahre 2019. Wir beantragen die Vorverschiebung ins Budget 2018. Weiter geht es mit D60.5.035, Herzoghaus, Sofortmassnahmen. Dabei handelt es sich um einen neuen Posten. Sofortmassnahmen im Jahre 2020? Liebe Kolleginnen und Kollegen, entweder ist das Wort Sofortmassnahmen falsch oder dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Entweder muss man dieser Position einen andern Namen geben. Wenn es sich um eine Sofortmassnahme handelt, bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrages, diese Position in das Budget 2018 aufzunehmen. Das gleiche gilt für das Pflegeheim Golatti. Auch dort befindet sich ein neuer Kredit unter 60.5.025. Unter dem Titel Sofortmassnahmen ist für das Jahr 2020 eine Million Franken eingestellt. Wenn das Wort Sofortmassnahme ernst genommen werden soll, gehört auch dieser Betrag in das Budget 2018. Ich bedanke mich, wenn Sie zum Wohle unserer Alten und Betagten von Aarau diese Positionen ins Budget übernehmen. Sie warten schon sehr lange darauf, länger ist es nicht mehr tragbar.
Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Saal?

Silvia Dell'Aquila, Mitglied: Ich hege grosse Sympathie für diesen Antrag. Es liegt auch eine Bürgermotion vor, die in der nächsten Sitzung behandelt wird, welche sich vor allem auf das Golatti konzentriert. Was mich etwas verunsichert, ist die Verknüpfung mit den Kulturausgaben. Ist das einfach polemisch gemeint, oder kommt da noch was? Wenn es sich nur um eine einfach so gemachte Aussage handelt, werde ich dem Antrag sicher zustimmen. Es ist ganz im Sinne dessen, worüber wir nächstens sprechen werden. Leider ist es zu diesen Verspätungen wegen der Abstimmung gekommen. Man hat auf diese Verselbständigung gewartet.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Weiter Wortmeldungen? Wenn nicht, gebe ich das Wort weiter an Angelica Cavegn Leitner.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Danke, dass Sie dieses Thema so aufnehmen. Uns liegen die älteren Menschen sehr am Herzen. Deshalb habe ich vorher gesagt, dass wir am Ball sind. Ich möchte etwas ausholen. Wir haben diese Positionen aus dem Budget gestrichen, weil wir davon ausgegangen sind, dass die geplante AG alles selber finanziert. Wir sind jetzt wieder im politischen Prozess und an diesem Budgetpunkt. Auf den 1. Januar 2018 tritt eine Gesetzesänderung ein. Man kommt von einer "Muss-Formulierung" zu einer "Kann-Formulierung". Mit dem Kanton wird verhandelt, was alles gemacht werden muss. Daraus entsteht dann die Grundlage für das weitere Vorgehen: wie planen wir, wie sieht alles im Kontext mit den umliegenden Gemeinden aus? Das sind notwendige Vorgaben, bevor wir definieren können, wieviel Geld wirklich notwendig sein wird. Es wurde bemerkt, dass die Positionen zeitlich weit hinten liegen. Fakt ist, dass alle Positionen mit einem Dreieck versehen sind, d.h., dass Ihnen eine Einwohnerratsbotschaft unterbreitet werden wird. Je schneller wir arbeiten, umso früher kann der Investitionsantrag gestellt werden. Aber wir brauchen die Zeit für Abklärungen und Analysen. Im Fokus stehen auch Provisorien für die Bewohner/-innen. Susanne Heuberger hat es richtig erwähnt, im Suhrhard geht ein neues Heim auf. Dort wurden fast 50 Mio. Franken ausgegeben. Ein riesiges, schönes Heim. Wir möchten Heime realisieren, die über einen guten Standard verfügen, benutzerfreundlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aber auch für die Bewohner/-innen. Wir wissen, dass sich die umliegenden Heime entwickeln. Wir sind durch die Abstimmung in Verzug, dazu kommt noch der LUP-Prozess. Wir arbeiten wo wir können. Wir stellen dann den Antrag, wenn wir soweit sind und wir wissen, wieviel Geld wir wirklich benötigen. Weil wir ein Eigenwirtschaftsbetrieb sind, müssen alle Investitionen, die getätigt werden, über Taxen finanziert werden (Vollkostenrechnung). Wir sind interessiert daran, ein gutes Projekt zu haben, strukturiert zu planen und dann den Bedarf definieren zu können. Wir gehen im Zeitplan so vor, wie wir es bewerkstelligen können. Wenn festgestellt wird, dass wir die internen Ressourcen nicht haben, wird eine externe Stelle zugezogen, um vorwärts zu kommen. Bezüglich Prioritäten falsch setzen: das sehe ich nicht so. Wir versuchen, die Prioritäten gleichmässig zu setzen. Es war jetzt in der Politik so, dass wir zurückgeworfen wurden. Damit die weiteren Entscheide wieder abgeholt werden können, braucht es einen längeren Prozess. Ich bin überzeugt, dass alles gut kommt. Wir werden andere Altersheime besichtigen und sind mit den Verantwortlichen der Heime in Kontakt.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich mache es kurz. Wir sind seit drei Jahren in Verzug. Die Verselbständigungs-Geschichte dauerte sehr lange, bis sie überhaupt dem Volk vorgelegt werden konnte. Wir waren aber viel früher schon in Verzug. Deshalb wäre es ein tolles Zeichen, wenn wir dem Stadtrat jetzt etwas Dampf machen. Es ist jetzt die letzte Gelegenheit. Diskutieren kann man viel, aber irgendwann muss etwas gehen. Wenn man die Altersheime seit 15 Jahren nicht voranbringt, ist irgend etwas falsch.

Eva Schaffner Wicki, Mitglied: Man sieht es im Voranschlag, wann welche Beträge bereits budgetiert waren. Man hat einen laufenden Prozess, mit dem man die Sanierungen vorantreiben wollte, gestoppt. Dies, weil zuerst entschieden werden sollte, wie die neue Rechtsform aussieht. Das ist ein Entscheid, den die SP grossmehrheitlich nicht mitgetragen hat. Das ist ein Entscheid, der aus der Ecke gekommen ist, die sich nun ganz fest beklagt, wie die Alten und ihre Heime vernachlässigt werden. Grundsätzlich liegen mir die Alten sehr am Herzen. Meine Mutter war in einer Pflegeabteilung im Lindenfeld. Es ist wichtig, dass diese Menschen gut versorgt und die entsprechenden Mittel sind.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, den Anträgen zuzustimmen. Aber jetzt habe ich ein Problem. Was machen wir dann mit dem Steuerfuss? Jetzt sollen wir zusätzliche Investitionen ins Budget einstellen, welche aber nicht ausgeschöpft werden können. Gleichzeitig sollen wir einem Steuerfuss von 94 % zustimmen. Ich bin etwas verwirrt. Ist das eine Strategie? Für uns ist das alles ganz schwierig und aus diesem Grund möchte ich eine kurze Pause beantragen, wir müssen darüber reden.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Wir sprechen von einem Eigenwirtschaftsbetrieb. D.h. alles was wir finanzieren, wird über die Taxen weiter gegeben. Das belastet die Steuern in diesem Sinne nicht. Es handelt sich um Geld, das für die Heime gebraucht wird. Es wird auf Vollkostenrechnung geführt, wie dies bei anderen Heimen auch üblich ist.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Der Ordnungsantrag auf 5 Minuten Pause wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen angenommen.

Eva Schaffner Wicki, Mitglied: Von unserer Seite aus ist auch eine Motion in Vorbereitung mit einem ähnlichen Anliegen. Wir haben das innerhalb der Fraktion besprochen. Im Grunde genommen nützt es nichts, es wird nicht schneller gehen, es wird nicht schneller gearbeitet, man wird nicht schneller zu Lösungen kommen. Wir möchten natürlich gerne ein Zeichen setzen, mit euch gemeinsam. Die alten Menschen und somit verbunden die schnelle Sanierung der Altersheime ist uns ein Anliegen. Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen, damit die verschiedenen Positionen vorgezogen werden.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Es macht wenig Sinn, dies so zu machen. Wir werden Antrag stellen, wenn wir das Geld brauchen. Das Thema ist, dass das System dasselbe bleibt. Wir werden all die Sachen machen, die ich vorher erwähnt habe. Wir müssen zahlreiche Abklärungen machen. Deshalb plädiere ich für eine saubere, schrittweise Lösung mit Zug und dafür benötigen wir das Vorverschieben nicht, weil die Möglichkeit der Vorverschiebung besteht, sobald wir soweit sind.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

über die Anträge der SVP:

Im Investitionsbudget 2018 seien nachstehende, bisher für Folgejahre vorgesehene Projekte / Summen einzustellen:

4601 Alterssiedlung Herosé
D60.5.021 Ersatzneubau, Wettbewerb: 100'000 Franken
Zustimmung mit 29 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen

4602 Pflegeheim Herosé
D60.5.011 Ersatzneubau, Wettbewerb: 350'000 Franken
***Zustimmung** mit 29 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen*

D60.5.035 Herzoghaus, Sofortmassnahmen: 500'000 Franken
Zustimmung mit 29 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen

4603 Pflegeheim Golatti
A60.5.025 Milchgasse, Sofortmassnahmen: 1'000'000 Franken
Zustimmung mit 29 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir fahren weiter mit der Investitionsrechnung. Nachdem keine Wortmeldungen dazu vorliegen, kommen wir jetzt zum spannenden Teil, zur

Abstimmung zum Budget 2018

Uns liegen folgende drei Anträge zum Steuerfuss vor:
- SVP und FDP: je ein Steuerfuss von 94 % (diese beiden Anträge werden zusammen zur Abstimmung gebracht)
- Grüne: Steuerfuss von 100 %

Wir werden diese beiden Anträge einander gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag wird dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt. Dann folgt die Schlussabstimmung.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich verzichte darauf, unseren Antrag nochmals näher zu begründen. Ich stelle den Antrag, dass diese Steuerfussabstimmung unter Namensaufruf gemacht wird.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab. Ein Viertel der Anwesenden muss für den Antrag stimmen. Bei 47 Personen ergibt dies 12 Stimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf

Zustimmung: 16 Stimmen
Ablehnung: 30 Stimmen

Weil mehr als ein Viertel der Anwesenden zugestimmt hat, findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt.

Vorabstimmung Steuerfuss 94 % gegen Steuerfuss 100 %:

Name	94%	100%
Abdurahman Mohammed		X
Ammann Silvano	X	
Belser Gisi Esther		X
Benz Pascal	X	
Berthet Gérald		X

Burger Simon	X	
Debrunner Alois		X
Dell'Aquila Silvia		X
Dörig Andrea		X
Eichenberger Michaela	X	
Fischer Ulrich		X
Gross Nadine		X
Häusermann Lukas	X	
Hertig Ueli		X
Hertig Vera		X
Heuberger Susanne	X	
Hunziker Lelia		X
Hutmacher Markus		X
Jann Peter (abwesend)	A	A
Jost Stefan	X	
Kaufmann Anja		X
Keller Matthias		X
Klaus Beatrice		X
Klaus Günthart Susanne		X
Klopfenstein Leona		X
Knörr Susanne	X	
Krättli Beat	X	
Lüscher Rainer	X	
Meyer Michel	X	
Müller Nicola		X
Müller Olivia	X	
Oehler Christian	X	
Oeschger Christoph	X	
Ohnsorg Matter Petra		X
Richner Thomas	X	
Roschi Peter	X	
Schaffner Wicki Eva		X
Schäli Christian		X
Schmid Jürg	X	
Schönberg von Arx Barbara (abwesend)	A	A
Siegenthaler Daniel		X
Stüssi Margrit	X	
Suter Gabriela		X
Suter Heinz	X	
Suter Martina	X	
Taddei Libero	X	
Umbricht Alexander		X
Urech Barbara	X	
Waldmeier Christoph (Enthaltung)	E	E

Zatti Kuhn Danièle (abwesend)	A	A
Total Stimmen	**22**	**24**

Vorabstimmung Steuerfuss 97 % (Antrag Stadtrat) gegen Steuerfuss 100 %:

Steuerfuss 97 %: 35 Stimmen
Steuerfuss 100 %: 6 Stimmen

Schlussabstimmungen

Der Einwohnerrat fasst folgenden

Beschluss

1. *Das Budget 2018 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit einem Steuerfuss von 97 % genehmigt (26 Ja : 21 Nein).*
2. *Die Produktegruppe 04 wird in "Informatik ICT" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (45 Ja : 1 Nein).*
3. *Die Produktegruppe 43 "Subventionen/Beiträge" wird aufgelöst unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (45 Ja, ohne Gegenstimmen).*
4. *Die Produktegruppe 51 wird in "Feuerwehr" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement (46 Ja, ohne Gegenstimmen).*

Der Beschluss Ziff. 1 unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. c) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Beschlüsse Ziff. 2 - 4 unterliegen gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 5
GV 2014 - 2017 / 410

Bahnhof Süd; Verkauf Liegenschaft Hintere Bahnhofstrasse 42; Genehmigung Kaufvertrag

Mit Botschaft vom 4. September 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden **Antrag**:

Der Einwohnerrat möge den Kaufvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Aarau und der Setz Immobilien AG, mit Sitz in Brugg, und der Metzgerei Gantner AG, mit Sitz in Aarau, für den Verkauf der Liegenschaft Hintere Bahnhofstrasse 42 zu einem Preis von 2,3 Mio. Franken genehmigen.

Margrit Stüssi, Mitglied: Die FGPK hat am 12. September 2017 dieses Geschäft beraten. Als Auskunftspersonen standen uns Stadtpräsidentin Jolanda Urech und der Leiter Zentrale Dienste, André Liniger, zur Verfügung. Sie haben festgehalten, dass das vorliegende Geschäft wegen dem Verkaufspreis in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt. Bereits im Jahre 2010 wurde ein Kredit für die Entwicklung dieses Areal bewilligt. Durch ihren Miteigentumsanteil war die Stadt an dieser Planung überhaupt beteiligt. Das Ziel war immer, diese Liegenschaft zum geeigneten Zeitpunkt wieder zu verkaufen. Die weiteren Beteiligten haben sich in einem Vorvertrag verpflichtet, den Liegenschaftsanteil der Stadt dann zu übernehmen. Das vorliegende Geschäft ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Privaten und der Stadt in Zusammenhang mit der planerischen Entwicklung eines Gebietes. Bei der Beratung wollte die Kommission wissen, wie es mit den Veloabstellplätzen und dem Radstreifen aussieht. Die Auskunftspersonen haben ausgesagt, dass im Gestaltungsplan vorgesehen sei, wenn möglich 300, mindestens aber 260 Veloabstellplätze zu erstellen. Das Stadtbauamt prüfe unter anderem auch die Machbarkeit von beidseitigen Radstreifen, aber natürlich auch deren Kostenfolge. Die Kommission hat eine Frage zu den Notariatskosten, welche hälftig (ca. 7'000 Franken) zu Lasten der Stadt gehen, gestellt. Es wurde festgehalten, dass dies üblich sei, dass aber mit der Vermietung der Liegenschaft seit 2014 ein guter Ertrag erzielt werden konnte und dies somit verhältnismässig sei. Interessiert hat es die FGPK auch, warum die Stadt Aarau bereit sei, Sanierungskosten bei einem allfälligen belasteten Standort ab einem Betrag von 100'000 Franken zu übernehmen und welche Risiken dabei entstehen könnten. Die Auskunftspersonen haben ausgesagt, dass keine Belastungen vorhanden sind. Der Standort sei nicht von einem Industriebau bebaut gewesen und die betroffene Liegenschaft sei ziemlich klein. Es wurde darauf hingewiesen, dass auch die Käuferschaft Risiken trägt. Das Grundstück sei nicht im Verdachtsflächenkataster des Kantons eingetragen. Die Schlussdiskussion hat ergeben, dass es wichtig sei, dass diese Gebietsentwicklung jetzt erfolgt und keine Altlasten zum Vorschein kommen. Die Stadt Aarau hätte in Bezug auf den Langsamverkehr besser verhandeln müssen. In der Detailplanung soll die Frage der Radstreifen weiter geprüft werden. Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat mit 10 Ja bei einer Nein-Stimme dem Kaufvertrag zuzustimmen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht sind, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt den Kaufvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Aarau und der Setz Immobilien AG, mit Sitz in Brugg, und der Metzgerei Gantner AG, mit Sitz in Aarau, für den Verkauf der Liegenschaft Hintere Bahnhofstrasse 42 zu einem Preis von 2,3 Mio. Franken.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 6
GV 2014 - 2017 / 383

Beschlussfassung über die Überweisung der Bürgermotion von Stephan Müller: Aarebadi

Am 18. Juni 2017 hat **Stephan Müller** eine Bürgermotion für eine Aarebadi mit folgendem **Begehren** eingereicht:

Der Stadtrat ist eingeladen zu untersuchen, wo, wie und zu welchen Konditionen an der Aare eine öffentliche Aarebadi errichtet werden kann. Es sollen baulich einfachere wie auch aufwendigere Möglichkeiten geprüft werden. Dem Einwohnerrat ist Bericht und Antrag betreffend Errichtung oder Ermöglichung einer Aarebadi zu stellen.

Mit Botschaft vom 21. August 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden **Antrag**:

Die Bürgermotion zur Prüfung einer Aarebadi sei nicht zu überweisen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich darf den Motionär Stephan Müller begrüssen.

Stephan Müller, Motionär: Es freut mich sehr, heute Abend als Bürger mein Anliegen vorzutragen. Politik ist manchmal staubtrocken; ich war ja selber Einwohnerrat. Ich schätze Ihre Arbeit sehr. Es ist nicht zu unterschätzen, wieviel Arbeit dahinter steckt, nicht nur wenn es ums Budget geht sondern generell. Ein grosses Dankeschön! Ich komme nun zur Motion Aarebadi. Vor 6 Jahren haben wir bereits darüber diskutiert. Bei der Stadtverwaltung herrscht zur Zeit etwas Verwirrung. Wenn man auf die Internetseite geht, zu den Akten die online aufgeführt sind, ist die alte Aarebadi-Motion aufgeschaltet (von 2011). Das ist die falsche und ich hoffe, dass diese niemand heruntergeladen hat. Beim Ablehnungsantrag erscheint dann die richtige Motion. Aber auch dort steht "das Begehren ist identisch mit demjenigen aus dem Jahr 2011". Wurde es wieder verwechselt? Das letzte Mal lautete das Begehren wie folgt "dem Einwohnerrat ist Bericht und Antrag betreffend Errichtung einer Aarebadi zu stellen". Das war der Antrag vor 6 Jahren. Damals wurde mir vorgeworfen - ich war einer der Mitmotionäre - dass wir anstelle eines Antrages zur Prüfung einen Antrag zur Errichtung eingereicht hätten. Schon damals hat man über das Sparen diskutiert. Eine Errichtung sei undenkbar und deshalb müsse man das Begehren ablehnen. Daraufhin habe ich den Antrag abgeändert auf "dem Einwohnerrat ist Bericht und Antrag betreffend Errichtung oder Ermöglichung einer Aarebadi zu stellen". Damit möchte ich das Tor öffnen, dass es die Stadt sein kann aber nicht muss, sondern dass auch ein Privater das machen kann. Dazu braucht es Abklärungen, was erlaubt ist und was nicht. Hier folgt die nächste Differenz zum Stadtrat. Wenn er eine externe Machbarkeitsstudie von 30'000 Franken über dieses Thema machen will, liegt das in seinem Kompetenzbereich. Aber ich möchte euch als Motionär sagen, dass ist nicht meine Absicht. Wenn es nach mir ginge, könnte man das intern abklären. Wir haben eine hervorragende Stadtverwaltung und hervorragende Leute, die kompetent sind. Ich finde, diese Abklärungen sollen nicht extern gemacht werden, ausser der Stadtrat findet, man soll das extern machen. Wesentlich sind bei dieser Aarebadi-Sache zwei Sachen. Erstens: das Gewässerschutzgesetz von 2016, welches feststellt, dass der Aare entlang 15 Meter Uferschutz ziemlich strikt einzuhalten sind. Dies schränkt ziemlich viele Möglichkeiten einer Aarebadi ein. Ausgenommen sind Kanäle. Also der

Oberwasser- und Unterwasserkanal. Wenn man also eine Baute realisieren möchte, die aufwändiger wäre, würde dies höchstwahrscheinlich nur dort gehen. Bei den andern Stellen, wo es sich um die Uferzone handelt, würde es nur sanfte oder temporäre Bauten geben können. Für diese Abklärungen braucht es keine riesige Machbarkeitsstudie. Im Gespräch mit dem Kanton Aargau würde ersichtlich, was ungefähr möglich wäre. Der zweite wichtige Aspekt ist, was wem gehört. Gewisses Land gehört der Stadt Aarau, dem Kanton, der IBA und der Axpo. Da wäre es wichtig, dass mit Überzeugung für das Projekt gekämpft wird. Es gibt so viele Aarebadis in der Schweiz, übrigens alle erfolgreich soweit mir bekannt ist. Damit von diesen Badis alle Materialien zusammengesammelt werden könnte, bräuchte es ein paar Telefongespräche über die Errichtung, Kosten, Sicherheitsaspekte etc. So könnte festgestellt werden, was überhaupt möglich wäre. Damit aufgrund dieser Abklärungen dann sanfte oder etwas schwierigere Möglichkeiten präsentiert werden, oder gar Private für die Realisierung gewonnen werden können, dafür soll Ihre Zustimmung vorliegen. Das wären meine Ausführungen. Ich hoffe, es ist keine Frage von rechts oder links. Ich glaube, dass es funktionieren würde, andere Flussbadis sind alle ein Erfolg. Wenn es kritische Voten gibt, verstehe ich Sie, weil man vielleicht sagt, es habe zuviele Aarauer, die dort baden möchten, das könnte ein Problem sein. Aber dass es nicht funktioniert oder nicht begehrt wäre, dass glaube ich nicht. Ich hoffe auf ein gutes Echo ihrerseits und wenn der Vorstoss angenommen wird, dass sich die Verwaltung und der Stadtrat mit Begeisterung und Engagement der Sache annehmen und dies dazu führt, dass wir in ein paar Jahren eine Aarebadi haben. Wir haben von der Aare unseren Namen. Bern hat keinen Fluss in ihrem Namen, Zürich auch nicht. Es gehört einfach zu uns, dass wir so etwas haben. Es war im letzten und vorletzten Jahrhundert möglich, auch wenn man mausarm war. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung und bedanke mich, dass ich als Bürgermotionär Ihnen das vortragen durfte.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Die Diskussion ist eröffnet.

Olivia Müller, Mitglied: Ich halte mich sehr kurz. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion geteilter Meinung. Ich gehe kurz auf beide Meinungen ein. Die Gegner dieser Motion sind der Ansicht, dass wir uns solche Abklärungen in unserer prekären Finanzsituation nicht leisten können. Die Aarebadi ist etwas Wünschbares und liegt zur Zeit nicht drin. Die Befürworter, und ich habe gehofft, dass der eine oder andere Sparvorschlag durchkommt, dann hätte ich noch mehr Fraktionskollegen überzeugen können, sind der Ansicht, dass dieses Projekt einen enormen Mehrwert für Aarau darstellt. Wir sind aber auch der Ansicht, dass es sich der Stadtrat mit diesem Bericht etwas einfach gemacht und das Projekt im Finanzkeim erstickt hat. Wir sehen nicht ein, wofür ein externer Bericht eingeholt werden muss, es gibt gute Fachspezialisten innerhalb unserer Verwaltung, welche sicherlich innert kurzer Zeit gute Ideen erarbeiten könnten. Klar ist, dass eine Aarebadi nicht durch die Stadt finanziert werden kann. Man könnte sich sicher erkundigen, wie das in Zürich mit der Letten-Badi funktioniert oder auch in Bern. In diesem Sinne mache ich Ihnen beliebt, diese Motion zu überweisen, auch wenn nicht alles Fraktionsmitglieder meiner Meinung sind.

Eva Schaffner Wicki, Mitglied: Ich habe vor sechs Jahren wie Stephan Müller diese Bürgermotion mitunterzeichnet. Das Thema ist schon lange präsent und ist jetzt wieder im Wahlkampf aktuell geworden. Pro Aarau hat das Thema auf die Fahne geschrieben, aber auch von der SP hörte man das eine oder andere. Vor fünf Jahren wurde die Motion aus dem gleichen Grund abgewiesen: es sei zu teuer, diese Abklärungen vorzunehmen. Entsprechend lehnte der Einwohnerrat die Überweisung ab. Unterdessen ist etwas passiert. Die Motionäre blieben nicht untätig, sondern sind bei Hans-Kaspar Scherrer (CEO der IBA) vorstellig geworden. Die Idee, mit der Bauschule Unterentfel-

den bei einer Machbarkeitsprüfung und möglichen Planungen zusammenzuarbeiten, stiess bei ihm auf offene Ohren. Es fand eine weitere Sitzung unter Einbezug von zwei Dozierenden der Bauschule statt. Das Resultat kennen sie alle, wir bekamen fast eine Flussbadi auf der Insel beim Kraftwerk, wo früher der Werkhof der IBA stand, wurde ein Badeteich für Kinder inkl. Piratenschiff und Kaffeekiosk vorgesehen. Im alten Aarelauf wäre die neue Flussbadi entstanden. Dies zeigt auf, wie gross die Sympathie und die Zustimmung zu diesem Projekt ist. Ihr wisst auch, woran das Projekt gescheitert ist. Einsprachen vom Hungerberg brachten das Projekt zu Fall; die Kinder könnten zu laut sein. Aus dieser kurzen Darstellung lassen sich folgende Schlüsse ziehen und ich möchte meinen Vorredner, Stephan Müller, nochmals unterstützen. Diese Abklärung muss nicht 30'000 Franken kosten. Erstens hat es interne Fachleute und zweitens kann der gleiche Weg nochmals gegangen werden. Ich bin überzeugt, dass wiederum die Bauschule Unterentfelden und deren Dozierende als Partner gewonnen werden kann. Ich bin überzeugt, dass Hans-Kaspar Scherrer, unser CEO der IBA oder eben der Eniwa, wieder Hand zu diesem Projekt bieten würde. Die Landverhältnisse sind unterschiedlich, aber der grösste Anteil auf städtischem Gebiet gehört der IBA. Viele Leute finden das eine super Idee, ein lässiges Projekt. Ich glaube, dass auch diejenigen, die dem Projekt negativ entgegenstehen, die Motion überweisen sollen. Denn zumindest die Machbarkeit, die Abklärungen sollten getroffen werden, bevor dieses Projekt als nicht realisierbar verabschiedet wird.

Michaela Eichenberger, Mitglied: Die Aarebadi hat bei uns eine lange Tradition. 1868 eröffnete die erste Aarebadi. 1931 wurde der Standort verlegt und sie zum zweiten Mal eröffnet, bis 1955 das Frauenbad im Schachen aufging. Nun ist der Wunsch nach einer Flussbadi wieder entfacht. So verlangen die Motionäre eine Flussbadi, weil Aarau im Gegensatz zu Bern und Zürich über eine solche nicht verfügt. Diesbezüglich stellt sich die Frage nach den heute bestehenden Bademöglichkeiten. Insbesondere muss man sich fragen, ob tatsächlich Aarau über keine Flussbadi verfügt. Die Auslegeordnung der bereits heute bestehenden Bademöglichkeiten ergibt: Im Gegensatz zur Lage vor 1955 hat man heute die Wahl zwischen der organisierten Baderei in einem schönen Freibad im Schachen sowie dem Hallenbad in der Telli, welches notabene eine Sanierung bitternötig hat. Über eine Aarebadi verfügt bereits die Badeanlage in Schönenwerd oder in Bezug auf das Naturbad hat man die Badi in Biberstein. Wichtig ist: das Naherholungsgebiet um Aarau bietet bereits einen Platz am Wehr. Dort trifft sich jeweils im Spätfrühling und im Sommer Klein und Gross um sich am Badevergnügen zu erfreuen. Bereits heute bestehen verschiedene Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten, welche zum Schwimmen im Aarekanal einladen. So könnte man meinen, es bestehe bereits eine Flussbadi. Die Badestätte erfreut sich bereits heute über ausserordentlich grosse Beliebtheit bei der Aarauer Bevölkerung. Insofern erscheint ebenfalls die Aussage der Motionäre - ich glaube in der Motion von 2011 wurde gesagt, dass wenig Leute in der Aare baden - als nicht korrekt. Im Gegenteil, der Besucherandrang im Sommer ist jeweils sehr gross und die Anzahl der Badenden steigt. Nach dem Zweck einer Flussbadi fragend, kommt man schnell dazu, dass sich darunter ein Wunsch nach dem wilden, ungezähmten Erlebnis verbirgt. Man vergisst dabei, dass das bestehende Naherholungsgebiet dies alles bereits bietet. Wieso denn auch allem das Kleid der Organisation und Regelung überstreifen. Belassen wir deshalb die Aare, wie sie ist, als idyllischen Ort, welcher bereits heute zur Abkühlung für Jung und Alt einlädt und so bereits ein optimales Flussbad ist. Möchte man das Aarauer Ufer attraktiver gestalten, könne man meines Erachtens besser ein Platz für eine Beiz oder eine Bar schaffen. Dies führt allerdings zu einer anderen Diskussion, die hier keinen Platz hat. Dem stadträtlichen Antrag, die Motion abzuweisen, wird deshalb seitens unserer Fraktion grossmehrheitlich gefolgt.

Matthias Keller, Vizepräsident: Wahrscheinlich scheint mein erster Satz "Vielleicht klappt es ja beim zweiten Anlauf", mit dem ich anfangen wollte, nach den Erläuterungen von Stephan Müller als nicht mehr ganz korrekt. An uns soll es nicht scheitern. Das Anliegen der Aare-Badi erscheint doch simpel. Uns gefällt diese Bürgermotion, weil sie den Blick nach vorne wagt. Gerade in einer Zeit, in der alles "Übernotwendige" aus den Budgets gestrichen wird, braucht es Menschen mit Elan und Vision, die etwas wagen und solche Projekte lancieren und nicht auf die politische Korrektheit angewiesen sind. Wie sonst, wenn nicht mit einer Bürgermotion sollte sich so ein Anliegen durchsetzen? Uns gefällt diese Bürgermotion aber nicht nur wegen dem Blick in die Zukunft, sondern auch, weil Sie am richtigen Ort einsetzt: beim Prüfen von Möglichkeiten. Wir sehen verschiedene Möglichkeiten. Der Aarekanal wird in den Sommermonaten sehr rege als Schwimm-Möglichkeit genutzt und bietet eine Alternative zum Freibad. Er ist auch nicht zu vergleichen mit einem Freibad Schachen, mit Bassin und Wasserqualität bei 24 Grad. Weil es eine alternative Bademöglichkeit ist, spricht es vorallem die jungen Leute sehr an. Geschätzt wird das Gemütlich-Sein, das Treibenlassen im fliessenden Wasser, dass man nicht dem Trubel von 500 kleinen quitschenden Kindern ausgesetzt ist (ich darf das sagen, ich habe noch keine Kinder). Die Aare ist oft noch ein paar Grad kälter, das schätzen viele, die ich dort antreffe. Vor vier Jahren wurde mit einer einfachen Metall-Leiter der Ausstieg verbessert und der Kanal aufgewertet. Wir haben uns überlegt, welche Möglichkeiten bestehen würden. Wir wünschten uns einfache Möglichkeiten, es muss nicht ein neues Marzili oder ein Letten-Bad sein. Es kann auch einfach ein zweiter und dritter Steg und vielleicht ein Toi-Toi-WC sein. Dies würde bereits den ganzen Raum besser verfügbar für alle machen. Gerade weil es die Möglichkeit gibt, für 70 Franken die Woche ein mobiles WC zu mieten. Das ist nicht alle Welt für drei Monate im Sommer. Diese Kosten müssten vielleicht nicht mal durch die Stadt übernommen werden. Vielleicht wird jemand gefunden, der einen Kiosk betreiben würde und entsprechend auch ein WC zur Verfügung stellt. Ich wünsche mir, dass die Abklärungen gemacht und verschiedene Varianten aufgezeigt werden können. Ich sehe die Aarebadi als Alternative und nicht als Konkurrenz zum Freibad. Wir schätzen die Aare und die Aare-Landschaft prägt unser Stadtbild sehr stark. Wir werden die Motion unterstützen.

Christian Schäli, Mitglied: Es gibt kaum eine schlechtere Gelegenheit, als die heutige Sitzung, um über diese Motion zu beraten. Alle sind erschöpft vom Ringen über ein ausgeglichenes Budget. Wir haben über Kleinstbeträge verhandelt, um unser Budget ins Lot zu bringen. Kleinstbeträge, die häufig mit einem Leistungsabbau verknüpft sind, welche Kinder, Alte, Schwache oder Bedürftige zu spüren bekommen. Und nun wollen wir tatsächlich noch eine Flussbadi aus dem Hut zaubern? Ein Wunschprojekt wurde es 2011 genannt. Und was ich viel im Rat gehört habe ist "nice to have". Ich stimme der Motion zu, weil ich der Ansicht bin, dass wir trotz finanziellen Drucks unsere Stadt zum Wohle seiner Bevölkerung entwickeln müssen. Wir sind nicht nur zum Sparen gewählt, sondern auch, um die Stadt weiterzubringen und sie zu gestalten. Und ja, ich bin überzeugt von der Idee. Ich bin deshalb überzeugt, weil ich mich noch sehr gut an ein Aarau vor der Jahrtausendwende erinnere. Ich möchte Ihnen beispielsweise das Aare-Ufer West in Erinnerung rufen. Vor 11 Jahren haben wir darüber diskutiert. Wie sah es aus? Da waren nur das Pontonierhäuschen und ein Radweg. Und wenn man jetzt auf diesen Sommer zurückschaut, war die Uferzone voller Leben. Mit einer Treppenlandschaft, mit einer Beiz und einem kleinen Spielplatz wurde die Uferzone durch die Aarauer Bevölkerung genutzt. Wir müssen der Aarauer Bevölkerung das Flussufer aufwerten und das lohnt sich. Klar, die Projektierung kostete 90'000 Franken und die Realisierung über 2,3 Millionen Franken. Wenn ich mich dort umsehe, wage ich zu behaupten, dass sich jeder Rappen gelohnt hat. Ich möchte hier aber keineswegs beliebt machen, Millionen lockerzumachen. Es braucht kein grosses Projekt. Es braucht wirklich nur einen Zugang zum Wasser und ein paar

Stege, vielleicht noch eine Liegeterrasse. Als mögliches Beispiel möchte ich das Frauenbad in Seengen heranziehen. Das Bad wird rege von der Bevölkerung genutzt, obwohl um den ganzen See gebadet werden kann. Das Projekt lässt sich daher bestens mit der Situation in Aarau vergleichen. Es ist beispielhaft für einfache, gelungene und zurückhaltende Architektur. Es hat nicht einmal so viel gekostet. Die Gesamtrenovation kostete beispielsweise 237'000 Franken. Gemäss Gemeindeverwaltung kostet der Unterhalt circa 25'000 Franken für die Instandhaltung aller Badeplätze. Eine separate Rechnung für das Frauenbad existiert nicht. Diese Infrastruktur bietet Liegeterrassen, Umkleidekabinen, WC's, Velosträder, Grillplatz und ein begrenzter Nichtschwimmer-Bereich. Das Frauenbad in Seengen wird übrigens nicht durch einen Bademeister betreut. Natürlich besteht dadurch auch ein Sicherheitsrisiko. In der Aare wird jetzt auch gebadet und es sind auch schon Menschen ertrunken. Das ist sehr traurig und eine Tragödie für die Hinterbliebenen. Bei der heutigen Diskussion um dieses Flussbad kann man sich auch genauso gut die Frage stellen, ob die Menschen nicht ertrunken wären, hätten sie sich mithilfe einer Einrichtung aus dem Wasser retten können. Mit der Schaffung einer Flussbadi könnte also auch mehr Sicherheit geschaffen werden. Wenn ein Projekt mit tiefen Kosten aufgegleist werden soll, sind die Grünen der Ansicht, dass es ohne einen Bademeister gehen muss. Es ist nicht realistisch, dass ein Bademeister das Flussbad sicher überwachen könnte, dies wäre eine Zumutung. Ich möchte zur Motion von 2011 noch etwas ausführen. Im Bericht an den Einwohnerrat stellt der Stadtrat fest, dass sich die Ausgangslage seit 2011 nicht viel verändert hat. Diese Ansicht kann ich nicht teilen. Dass sich die Situation verändert hat, zeigt der Bevölkerungszuwachs. Die Bevölkerung der Stadt ist seit der letzten Motion nochmals gewachsen. Mit der Sanierung des Freibades Schachen wurden keine zusätzlichen Wasserflächen gebaut, welche dem Bevölkerungswachstum Rechnung getragen hätten. Daher steht das Angebot einer Flussbadi in einem guten und auch kostengünstigen Verhältnis zum Bevölkerungswachstum. Wer diesen Sommer an der Aare war, hat gesehen, wieviel in der Aare gebadet wird. Daher denke ich, ist auch das Bedürfnis der Bevölkerung angezeigt und die Realisierungschancen sind intakt. An unserer Fraktionssitzung wurde die Idee kontrovers diskutiert. Dies deshalb, weil wir den Erfolg einer Flussbadi keineswegs anzweifeln, im Gegenteil, weil einige von uns befürchten, dass der Erfolg sogar einschneidende Folgen für die Umwelt haben kann. Wir begrüssen daher die Haltung des Stadtrates, eine allfällige Untersuchung der Machbarkeit seriös vorzunehmen und schätzen sein budgetiertes Auftragsvolumen von 30'000 Franken als realistisch und sinnvoll. Stephan Müller hat es bereits erwähnt: Aarau hat den Namen von der Aare. Wir nutzten die Aare mit einem Kraftwerk und gewinnen Energie. Nutzten wir unseren schönen Standort am Fluss mit einer Badi und gewinnen Lebensfreude. Entdecken und entwickeln wir unsere schöne Lage am Fluss. Machen wir unserer Bevölkerung unseren Fluss zugänglich. Ich danke allen, die meine Überlegungen für die Abstimmung miteinbeziehen und hoffe auf die Annahme der Motion.

Lukas Häusermann, Mitglied: Nach den letzten zwei Voten sehe ich mich gezwungen, uns ein wenig abzugrenzen und unsere Position zu klären. Auch die CVP steht dem Anliegen positiv gegenüber. Allerdings merke ich, die Verwirrung ist nicht nur gross zwischen 2011 und jetzt 2017. Sondern auch, wie gross der Umfang und die Erwartungshaltung ist, wenn man diese Motion überweist. Aus unserer Sicht, so zumindest haben wir Stephan Müller verstanden, geht es darum, dass man eine erste Abklärung macht über das Mögliche und Unmögliche. Es geht nicht darum, der Aarauer Bevölkerung eine Aarebadi zu schenken. Das muss festgehalten werden. Es gibt bereits einen Kiosk mit WC und seit diesem Jahr sogar eine Dusche, nämlich die Schwanbar. Sie waren auch ein Stück weit auf die Stadt angewiesen aber es wurde sehr viel Eigeninitiative geleistet. Insofern möchte ich die Leute ermuntern, auch mal selber etwas zu machen und zu schau-

en was geht. Man muss nicht immer die Stadt vorschicken. Ich erwarte vom Stadtrat nicht, dass wir nachher ein Projektierungs- oder Realisierungsprojekt vorgelegt bekommen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Für Stephan Müller war es kein Sprung ins kalte Wasser. Er ist ein Altbekannter - nicht nur wegen seiner Motion - er hat immer wieder für flammende Voten gesorgt. So auch heute Abend. Sie haben es gehört, die Begeisterung über das Votum von Stephan Müller und dessen Antrag ist allerdings beim Stadtrat nicht so gross. Sie haben dies auch unserem Antrag entnehmen können. Stephan Müller hat drei Punkte ausgewählt. Ich möchte gerne darauf eingehen, bin mir aber durchaus bewusst, dass wenn ich Ihre Voten gehört habe, der stadträtliche Antrag vermutlich nicht durchkommen wird. Es geht darum, dass man einerseits eigenständige Einrichtungen realisieren möchte oder allenfalls eine Aarebadi. Das kann auch ein Privater machen. Wie vorhin bereits erwähnt, werden bereits Gespräche geführt mit der IBAarau AG. Dies ist aus unserer Sicht kein Problem und darf gerne so weiterlaufen. Wir sind allerdings der Meinung, dass wir mit dem heutigen Freibad, in welches vor wenigen Jahren erhebliche Mittel investiert wurden, und mit dem Hallenbad gut abgedeckt sind. Eine Aarebadi würde zusätzliche Mittel binden für den gleichen Zweck; in der Investition wie auch im Unterhalt. Es handelt sich um ein wünschbares Projekt. Niemand von uns hat grundsätzlich etwas gegen das Projekt. Aber es ist schlicht und einfach ein wünschbares Objekt. Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten existieren bereits. Und wenn sie an einem schönen Sommertag sehen, wieviele Menschen sich bereits im Kanal vergnügen, also oben einsteigen und unten aussteigen, braucht es nichts mehr zusätzlich. Offenbar gehen die Meinungen über den Inhalt einer eigentlichen Aarebadi sehr weit auseinander. Wenn Sie eine Aarebadi meinen, wie man sie vor Jahrzehnten hatte, mit eigentlichen Installationen im Bereich der alten Aarebadi, so war dies nicht nur ein Ein- und Ausstieg sondern das waren effektive Infrastruktur-Anlagen. Das ist etwas völlig anderes. Darüber ist man sich offenbar auch nicht ganz einig. Wesentlich ist, und das hat sich insofern geändert, das Gewässerschutzgesetz. Das schränkt heute ziemlich stark ein, an einem Fluss ein solches Projekt zu realisieren. Stephan Müller hat ausgesagt, dass die Kanäle davon ausgenommen seien. Das ist nicht ganz richtig so. Kanäle, die einen ökologischen Wert aufweisen, sind ebenfalls davon ausgenommen. Dort muss man einen Gewässerschutz-Raum festlegen und darf keine Badi erstellen. Zumal der Kanal nur noch in einem kleinen Gebiet im Stadtgebiet von Aarau liegt. Alles was oberhalb der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen beim Kraftwerk liegt, gehört bereits nicht mehr zur Stadt Aarau und dem Kanton Aargau. Dazu muss abgeklärt werden, ob dies überhaupt mit der Kraftwerk-Konzession und dem Kraftwerk-Betrieb überein geht. Es stellen sich noch einige Fragen. Das Thema Immissionen ist gerade im Bereich der ehemaligen alten Badi ein Stadtpolitikum. Ob das dann, wenn es zu einem Baugesuch kommen sollte, auch durchkommt, wissen wir auch nicht. Es reicht nicht, wenn man nur Material zusammen sammelt und andere Standorte besucht. Wenn man es so realisieren möchte, wie zwischen Thun und Bern, wo die Aare mit dem Gummiboot befahren werden kann, braucht es dafür keine Abklärungen. Aber das ist ja auch nicht das, was sie wollen. Wenn man sagt, man kann doch zwei, drei Stunden zusammensitzen, wie es Frau Müller erwähnt hat, reicht dies einfach nicht aus. Das ist zu salopp ausgedrückt, wenn man der Meinung ist, dass ein paar Stunden ausreichen. Dann darf Frau Müller gerne bei der Stadtverwaltung zwei, drei Stunden vorbeikommen und ihre Anliegen deponieren. Der Stadtrat ist der Meinung, dass bei allem nicht noch zusätzlicher Aufwand generiert werden sollte. Die Badi kann sowohl oberhalb des Kraftwerkes als auch unterhalb des Kraftwerks wahrscheinlich gar nicht umgesetzt werden, auch wegen den gewässerschutzrechtlichen Belangen. So lange das Projekt auf dem Wunschkatalog und nicht notwendig ist, sollte es nicht gemacht werden.

Stephan Müller, Motionär: Nur ganz kurz: Mein Lieblingsort wäre im Unterwasserkanal unter dem Rüchlig. Dort würde es niemanden vom Lärm her stören, es gehört der Ortsbürgergemeinde bis zum Weg, ab dort der Axpo. Ich glaube, dort wäre etwas möglich. Aber man wäre nicht an der Grenze zum Kanton Solothurn. Ich bedanke mich für die vielen positiven Aufnahmen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Bürgermotion von Stephan Müller für eine Aarebadi wird an den Stadtrat überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Traktandum 7
GV 2014 - 2017 / 378

Kreditabrechnung Inventar schützenswerte Bauten

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 12. Juni 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Inventar schützenswerte Bauten". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 150'000.00 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 141'323.70 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 8'676.30 oder 5.78 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 12. September 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Inventar schützenswerte Bauten".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 8
GV 2014 - 2017 / 380

Kreditabrechnung Trieschäcker Süd / Ost

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 19. Juni 2017 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Trieschäcker Süd/Ost". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 360'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 330'533.23 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 29'466.77 oder 8.19 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 12. September 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung Trieschäcker Süd/Ost".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 9
GV 2014 - 2017 / 417

Postulat Gabriela Suter und Daniel Siegenthaler: Stellenabbau bei Rockwell Automation

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen jetzt zu den Motionen und Postulaten, welche am Anfang der Sitzung als dringlich erklärt wurden. Als erstes folgt das dringliche Postulat zum Stellenabbau bei der Rockwell Automation.

Am 20. September 2017 haben Gabriela Suter und Daniel Siegenthaler ein dringliches Postulat mit folgenden **Begehren** eingereicht:

1. *Der Stadtrat soll sich für eine umfassende Information über den Umfang und den Zeitplan des Stellenabbaus einsetzen.*
2. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Stellen, zum Beispiel die Hauptverwaltung der Rockwell Automation Switzerland sowie das Verkaufs- und Supportzentrum, in Aarau bleiben.*
3. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass für die vom Stellenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird.*
4. *Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass die frei werdenden Räume im Rahmen einer langfristigen Standortpolitik mit innovativen Unternehmungen genutzt werden.*
5. *Der Stadtrat soll im Jahr 2018 Bericht über seine Tätigkeiten in der Sache erstatten.*

Daniel Siegenthaler, Mitglied: Der angekündigte Abbau von 250 der 500 Stellen bei der Rockwell Automation in Aarau ist ein schwerer Schlag. Für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet es den Verlust des Arbeitsplatzes. Für Aarau ist es ein grosser Verlust. Die 250 Stellen sind fast zehn Prozent der Beschäftigten in der Industrie. Die Maschinen- und Metallindustrie hat in Aarau eine grosse Bedeutung. Entgegen dem Trend im Kanton ist der Anteil in den letzten Jahren sogar gewachsen. Das zeigt, dass der Standort eine grosse Qualität hat, z.B. in der Erreichbarkeit, also die zentrale Lage zwischen Zürich, Basel und Bern. Die Stadt Aarau sollte sich zusammen mit dem Kanton dafür einsetzen, dass möglichst wenig Arbeitsplätze abgebaut werden und es gute Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Wir müssen als Rat ein Zeichen setzen und die Position des Stadtrates stärken, indem wir dem Antrag zustimmen.

Martina Suter, Mitglied: Selbstverständlich ist es eine schwierige Nachricht und eine grosse Herausforderung für die Betroffenen, aber auch für die Stadt und den Kanton. Wir sehen nicht, weshalb der Einwohnerrat diesbezüglich eine Verantwortung hat. Strukturwandel geschieht seit hunderten von Jahren und ich glaube nicht, dass es die Aufgabe einer Stadt ist. Es ist Aufgabe einer Stadt, für Alternativen zu sorgen, so dass andere Gewerbetriebe oder Branchen angesiedelt werden können, aber nicht, den Strukturwandel zu bremsen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: In dieser Sache habe ich bei der Einleitung zur Dringlichkeit alles gesagt, auch was der Stadtrat seither unternommen hat und was noch geplant ist. So handeln wir bereits im Sinne dieses Postulats. Wir überlassen es dem Einwohnerrat, ob er dieses Postulat

überweisen möchte oder nicht. Wenn ja, nehmen wir es entgegen und erledigen im Rahmen des Postulats das, was möglich ist.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das dringliche Postulat von Gabriela Suter und Daniel Siegenthaler betreffend Stellenabbau bei Rockwell Automation wird an den Stadtrat überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Traktandum 10
GV 2014 - 2017 / 420

Dringliche Motion Susanne Heuberger: Priorisierung Bereich "städtische Pflegeheime" in der Investitionsplanung der Stadt Aarau

Lelia Hunziker, Präsidentin: Am 22. September 2017 hat Susanne Heuberger eine dringliche Motion mit folgendem **Begehren** eingereicht:

Der Stadtrat sei zu beauftragen, die Investitionsplanung ab 2019 ff. so zu überarbeiten, dass dem kompletten Bereich "städtische Pflegeheime Herosé und Golatti" höhere Priorität eingeräumt wird. Dieses soll im Minimum der mit dem Investitionsbudget 2017 vorgelegten Investitionsplanung 2018 bis 2026 ff. entsprechen.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich bedanke mich, dass diese Motion als dringlich erklärt wurde und dass vorher bei der Beratung des Budgets im Bereich der Pflegeheime ein Zeichen gesetzt und damit der Sache Schub gegeben worden ist. Diese dringliche Motion hat einen Zusammenhang mit dem Budget, wurde aber deshalb notwendig, weil wir in der Budgetdebatte nur Einfluss auf das Budget 2018 hatten. Die Motion betrifft den Investitionsplan ab 2019 und folgende. Dies ist nur in Form einer Motion möglich.

Ich habe vorgängig zur Genüge über das Thema debattiert, weshalb in der ganzen Pflegeheim-Sache vorwärts gemacht werden muss. Ich möchte deshalb bitten, die Investitionsplanung zu überarbeiten. Die Motion möchte, dass die Beträge mindestens dem Investitionsbudget 2017 entsprechen, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn Sie noch Elan haben, schauen Sie sich die Zahlen auf Seite 123 des Budgets, Position G60.5.023, Alterszentrum Herosé, an. Dort ist ersichtlich, dass im Jahre 2010 und 2012 ein Kredit für die Projektierung gesprochen wurde. Bis jetzt wurden 10'000 Franken verbraucht. Der Rest, nämlich 790'000 Franken, sind jetzt eingestellt im nächsten Investitionsplan für die Jahre 2026 und 2027. Im letzten Budget waren es die Jahre 2019 und 2020. Hier liegen Welten dazwischen. Dies ist ein Beispiel, wo man diese dringend notwendige Sanierung der Pflegeheime in weite Ferne schiebt. Mit dieser Motion möchten wir diese falsche Prioritätensetzung des Stadtrates korrigieren. Die Motion beauftragt den Stadtrat, dass er diese Investitionsplanung wieder so einstellt, wie es letztes Jahr im Budget präsentiert wurde. Das ist das Minimum, welches wir unserer älteren Bevölkerung schulden. Wir werden vermutlich alle irgendwann in einem solchen Pflegeheim sein. Es ist eine würdige Sache - sind wir deshalb jetzt bereit, diese Motion zu überweisen und den Stadtrat anzuhalten, auch hier die Priorisierung anders anzugehen.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Ich möchte folgendes festhalten: wir unterhalten diese Liegenschaften laufend und das weiss Susanne Heuberger sehr gut. Gerade in der Milchgasse wurde ein neuer Lift installiert. Es soll auch für die Menschen dort stimmen, sie fühlen sich dort sehr wohl. Es handelt sich nicht um zwei Heime, die am verlottern sind, sondern wir unterhalten die Gebäude zusammen mit der Liegenschaftsverwaltung sehr gut. Wir erhalten auch viele gute Rückmeldungen.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich habe nicht gesagt, dass wir unsere Institutionen verlottern lassen! Es gibt gute Feedbacks, aber es ist notwendig, dass etwas unternommen wird. Wenn Angelica Cavegn Leitner aussagt, man habe ja neue Lifte in der Milchgasse gemacht, dann muss ich festhalten, dass diese Liftsanierung sehr dringend war. Man hat bereits zwei- oder dreimal die Bewilligung verlängert und es war höchste Zeit, dass die Sanierung erfolgt ist. Deshalb hat man es gemacht und nicht, weil man unbedingt diese Institution so gut unterhalten möchte. Es war ein absolutes Muss!

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion von Susanne Heuberger: Priorisierung Bereich "städtische Pflegeheime" in der Investitionsplanung der Stadt Aarau wird an den Stadtrat überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Schluss der Sitzung: 00.12 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:
Lelia Hunziker

Der Protokollführer:
Stefan Berner